

**Bibliotheksgebühren:
Gebührenmodelle, Rahmenbedingungen der Erhebung und Auswirkungen
auf die Nutzung. Ein Vergleich verschiedener Öffentlicher Bibliotheken in
Nordrhein-Westfalen.**

Bachelorarbeit im Studiengang Bibliothekswesen

Fakultät für Informations- und Kommunikationswissenschaften
Fachhochschule Köln

vorgelegt von

Christian Hüttemann
Pagensstraße 15
59368 Werne
Matrikelnr. 11063222

am 30.08.2010 bei VerwD Michael Vetten

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	III
Tabellenverzeichnis.....	IV
Abstract	1
1. Einleitung	3
2. Definitionen und Abgrenzungen	4
2.1 Das Nutzungsverhältnis zwischen Bibliothek und Nutzer	4
2.2 Gebühren und Entgelte	5
2.3 Verschiedene Gebührenarten	5
2.4 Bibliotheken – Kultur- oder Bildungseinrichtungen?.....	6
2.5 Öffentliche und wissenschaftliche Bibliotheken	7
3. Die Bibliothek, ihre Bedeutung für die Gesellschaft und ihre Finanzierung	8
3.1 Die Bedeutung der Bibliothek für die Gesellschaft.....	9
3.1.1 Kulturelle Bedeutung.....	9
3.1.2 Bildungspolitische Bedeutung	11
3.1.3 Verfassungsrechtliche Bedeutung.....	14
3.1.4 Fazit: Legitimation der öffentlichen Finanzierung aufgrund der Bedeutung für die Gesellschaft?	14
3.2 Die Finanzierung	16
3.2.1 Rechtliche Grundlagen des Unterhalts von Öffentlichen Bibliotheken	16
3.2.2 Rechtliche Grundlagen der Gebührenerhebung in Nordrhein- Westfalen.....	18
4. Auswirkungen auf die Nutzung – bisherige Erfahrungen und theoretische Grundlagen	20
4.1 Verschiedene Gebührenmodelle im Vergleich.....	20
4.2 Studien zur Auswirkung von Bibliotheksgebühren auf die Nutzung	24
4.2.1 Die Studie von 1984.....	24
4.2.2 Die Studie von 1993.....	25
4.3 Fazit	26
5. Die Umfrage: Untersuchte Städte, ihre Bibliotheken und Gebührenmodelle	28
5.1 Die Städte	28

5.1.1	Dortmund	29
5.1.2	Düsseldorf.....	30
5.1.3	Bonn	30
5.1.4	Münster	31
5.1.5	Hamm	32
5.1.6	Witten.....	32
5.1.7	Hürth	33
5.2	Die Bibliotheken	33
5.2.1	Stadt- und Landesbibliothek Dortmund und Stadtbüchereien Düsseldorf.....	34
5.2.2	Stadtbibliothek Bonn, Stadtbücherei Münster und Stadtbüchereien Hamm	38
5.2.3	Stadtbücherei Witten und Stadtbücherei Hürth.....	42
6.	Darstellung und Inhalt der Datenerhebung	44
7.	Auswertung der Umfrage.....	45
7.1	Zusammenstellung und Vergleich der Befragungsergebnisse	45
7.1.1	Fragenbereich: Rahmenbedingungen	45
7.1.2	Fragenbereich: Zusammenhänge von Gebühren und Nutzung	50
7.1.3	Fragenbereich : Akzeptanz von Gebühren	56
7.2	Zusammenfassung und Analyse der Umfrageergebnisse.....	58
7.2.1	Zusammenfassung: Haben Gebühren Auswirkungen auf die Nutzung und lassen sich allgemeine Aussagen treffen?.....	62
8.	Fazit	63
	Literaturverzeichnis und Quellen	64
	Anhang	70

Abkürzungsverzeichnis

AV-Medien	Audiovisuelle Medien
Bib.	Bibliothek
BID	Bibliothek & Information Deutschland
BN	Bonn
DBI	Deutsches Bibliotheksinstitut
d.h.	das heißt
DO	Dortmund
D	Düsseldorf
€	Euro
erwirtsch.	erwirtschaftete
EW	Einwohner
HAM	Hamm
HÜ	Hürth
Kap.	Kapitel
lt.	laut
MA	Mitarbeiter
ME	Medieneinheit
Min.	Minute
MS	Münster
o. g.	oben genannt
RFID	radio-frequency identification
Tab.	Tabelle
u. a.	unter anderem
VZÄ	Vollzeitäquivalent
WIT	Witten
z. B.	zum Beispiel

Tabellenverzeichnis

Tabelle	Titel	Seite
1	Funktionsstufen des deutschen Bibliothekswesens	8
2	Konsequenzen von Gebühren	22
3	Indikatorenraster Stadtbüchereien Düsseldorf und Stadt- und Landesbibliothek Dortmund	35
4	Entgelte in Dortmund und Düsseldorf im Vergleich	36/37
5	Indikatorenraster Stadtbibliothek Bonn, Stadtbücherei Münster, Stadtbücherei Hamm	38
6	Benutzungsgebühren in Bonn, Münster und Hamm im Vergleich	40-42
7	Indikatorenraster Stadtbücherei Witten & Stadtbücherei Hürth	42/43
8	Gebühren und Entgelte in Witten und Hürth im Vergleich	43/44
9	Angaben der befragten Bibliotheken zu Veränderungen der Gebührenstruktur und -höhe und ihrer Auswirkungen	51-53
Anhang-Tabelle		
1	Übersicht der städtischen Indikatoren	71

Abstract

Die folgende Arbeit hat den Titel "Bibliotheksgebühren: Gebührenmodelle, Rahmenbedingungen der Erhebung und Auswirkungen auf die Nutzung. Ein Vergleich verschiedener Öffentlicher Bibliotheken in Nordrhein-Westfalen."

Ziel der Arbeit ist es herauszufinden, ob es Auswirkungen von Bibliotheksgebühren auf die Nutzung Öffentlicher Bibliotheken gibt, und wenn ja, welcher Art diese Auswirkungen sind. Abschließend sollen Empfehlungen zur Gestaltung eines Gebührenmodells gegeben werden.

Es werden vorhandene empirische Erhebungen zu der Thematik ausgewertet, und eine Umfrage unter den Leitungen der Bibliotheken der Städte Dortmund, Düsseldorf, Bonn, Münster, Hamm, Witten und Hürth durchgeführt. Die verschiedenen Bibliotheken und ihre Gebühren-, bzw. Entgeltmodelle werden miteinander verglichen. Um die Ergebnisse der Umfrage bewerten zu können, werden die Städte außerdem anhand verschiedener Indikatoren vorgestellt.

Die Ergebnisse der Arbeit lassen sich wie folgt zusammenfassen: Bibliotheksgebühren können Auswirkungen auf die Nutzung haben. Sie sind jedoch nicht alleine ausschlaggebend für die Nutzung, sondern wirken zusammen mit anderen Faktoren, wie z.B. der Ausstattung, der Leistungsfähigkeit und dem sozialen Umfeld der Bibliothek. Da diese Faktoren in jeder Stadt unterschiedlich sind, kann kein erfolgreiches Gebührenmodell ohne weiteres direkt übernommen werden. Es können jedoch folgende Empfehlungen zur Gestaltung von Gebührenmodellen gegeben werden. Ein erfolgreiches Gebührenmodell ist für die Nutzer einfach zu verstehen. Es geht auf individuelle Bedürfnisse der Nutzer ein und berücksichtigt die besonderen Eigenheiten und sozialen Rahmenbedingungen der jeweiligen Kommune.

Schlagwörter:

Öffentliche Bibliothek

Gebühren

Gebührenmodell

Nutzung

Ich möchte den Leitungen der beteiligten Bibliotheken meinen herzlichen Dank für Ihre große Unterstützung und aufgewendete Zeit aussprechen. Ich hoffe mit dieser Arbeit einen Erkenntnisgewinn erreicht zu haben, welcher insbesondere Ihnen zugute kommt.

1. Einleitung

Gebührenfreiheit aus Prinzip, oder Gebühren für die reguläre Nutzung? Diese Frage hat lange Jahre die Gemüter bewegt. Letztlich scheint sie zu Gunsten der Gebühren beantwortet worden zu sein – die grundsätzliche Legitimation von Gebühren wird kaum noch diskutiert. Es bleibt offen, welche Auswirkungen die Erhebung von Gebühren auf die Nutzung hat. Seitens des Deutschen Bibliotheksinstituts wurden zuletzt in den achtziger Jahren empirische Studien durchgeführt, die die Auswirkungen untersuchten. 2003 erschien in der Zeitschrift „Buch und Bibliothek“ ein Artikel von Lieselotte Locher, der die Thematik auf theoretischer Ebene behandelt. Aufbauend auf diesen theoretischen Grundlagen geht diese Arbeit der Frage nach, ob es heute Auswirkungen gibt, und welcher Art diese Auswirkungen sind. Hierzu werden aktuelle Gebührenmodelle vorgestellt und untersucht, ob unterschiedliche Modelle unterschiedliche Auswirkungen auf die Nutzung nach sich ziehen.

Eine besondere Problematik liegt im Nachweis des Zusammenhangs zwischen Nutzungsänderungen und Gebühren(veränderungen). Es wird versucht, dieser Problematik mit einer Kombination aus theoretischen Grundlagen, Statistiken und Erfahrungswerten zu begegnen. Die bereits erwähnten Studien und der Artikel über Bibliotheksgebühren bilden hierbei die theoretischen Grundlagen. Um aktuelle Erfahrungen zu sammeln, wurde für diese Arbeit außerdem eine Interviewreihe in sieben Öffentlichen Bibliotheken durchgeführt. So ist es durch den Vergleich der Umfrage mit den damaligen Studien auch möglich, Entwicklungsprozesse zu verfolgen.

Die Arbeit beginnt mit der Definition und Abgrenzung einiger Begrifflichkeiten, um sicherzustellen, dass die nachfolgenden Argumentationen verständlich und eindeutig sind. Im darauf folgenden Kapitel werden die Rahmenbedingungen, unter denen Bibliotheken heute existieren, näher beleuchtet. So wird zuerst der Frage nachgegangen, welche Bedeutung Bibliotheken für die Gesellschaft haben, und wie sich daraus die Legitimation der Finanzierung durch die öffentliche Hand ableitet. Dies wird anhand der Teilaspekte der kulturellen, der bildungspolitischen und der verfassungsrechtlichen Bedeutung von Bibliotheken erarbeitet. Anschließend werden die rechtlichen Grundlagen der Trägerschaft und Finanzierung von Bibliotheken untersucht.

Hiernach wendet sich die Arbeit dem Kernthema der Nutzungsgebühren zu. Zuerst werden die theoretischen Grundlagen von Gebühren anhand eines Artikels von Lieselotte Locher erläutert, und die besagten Studien des DBI ausgewertet. Im anschließenden Teil folgt die Auswertung der Interviews. Hierzu werden die

untersuchten Städte, ihre Bibliotheken und Gebühren vorgestellt. Die Städte werden mithilfe verschiedener Indikatoren wie z. B. Verschuldung, durchschnittliches verfügbares Jahreseinkommen pro Haushalt oder auch Arbeitslosenquote genauer charakterisiert und miteinander verglichen. Die Gebührenmodelle werden ebenfalls in tabellarischer Form einander gegenüber gestellt. Danach werden die Bibliotheken in ihrer jeweiligen Größenklasse mithilfe des Indikatorenrasters der Deutschen Bibliotheksstatistik miteinander verglichen. Die Charakterisierung der Städte dient der Schaffung eines Kontextes, in dem die Kennzahlen der Bibliotheken und die Gebührenstrukturen eingeordnet werden können.

Hiernach erfolgt die eigentliche Auswertung der Interviewreihe. Die Antworten der Bibliotheken werden miteinander verglichen und unter Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten analysiert.

In einem Fazit wird versucht, die Ausgangsfrage unter Berücksichtigung aller in dieser Arbeit zusammengetragenen Erkenntnisse zu beantworten. Außerdem wird überprüft, ob allgemeingültige Regeln für die Gestaltung von Gebührenmodellen aufgestellt werden können.

Im Sinne einer besseren Lesbarkeit dieser Arbeit wurden gelegentlich nur die männliche oder weibliche Form von Personen bezogenen Hauptwörtern gewählt. Dies impliziert keinesfalls eine Benachteiligung des jeweils anderen Geschlechts; in den entsprechenden Fällen mögen sich bitte beide Geschlechter gleichermaßen angesprochen fühlen.

2. Definitionen und Abgrenzungen

2.1 Das Nutzungsverhältnis zwischen Bibliothek und Nutzer

Das Nutzungsverhältnis zwischen der Bibliothek und ihren Nutzern kann entweder öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich ausgestaltet werden. Welche Form gewählt wird, hängt zuerst von der Organisationsform der Bibliothek ab. Ist sie privatrechtlich, z. B. als GmbH, organisiert, muss sie das Nutzungsverhältnis auch privatrechtlich ausgestalten. Ist sie öffentlich-rechtlich organisiert, was bei den meisten Öffentlichen Bibliotheken der Fall ist, hat sie die Wahlmöglichkeit zwischen einer privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Ausgestaltung des Nutzungsverhältnisses. Eine eindeutige Festlegung der Rechtsform ist wichtig, da bei eventuellen rechtlichen Auseinandersetzungen mit Nutzern unterschiedliche Rechtswege einzuhalten sind:

Bei einer öffentlich-rechtlichen Ausgestaltung greifen die Verwaltungsgerichtsordnung und die Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungsvollstreckungsgesetze der Länder. Bei

einer privatrechtlichen Ausgestaltung sind das Bürgerliche Gesetzbuch und die Zivilprozessordnung zu beachten.¹ Ob eine Bibliothek die eine oder die andere Ausgestaltung gewählt hat ist es u.a. erkennbar an der Bezeichnung der Nutzungsbedingungen der Bibliothek. Bei öffentlich-rechtlicher Ausgestaltung handelt es sich um „Benutzungsordnungen“, bei privatrechtlicher Ausgestaltung um „Allgemeine Geschäftsbedingungen“.²

2.2 Gebühren und Entgelte

Die Ausgestaltung des Benutzungsverhältnisses bestimmt auch, ob eine Bibliothek Gebühren oder Entgelte erhebt.

Im öffentlichen Recht ist eine Gebühr eine Gegenleistung für eine geforderte Verwaltungsleistung. Es wird unterschieden zwischen Benutzungs- und Verwaltungsgebühren. Benutzungsgebühren werden erhoben für die Nutzung einer öffentlichen Sache oder einer öffentlichen Einrichtung. Verwaltungsgebühren stellen eine Gegenleistung für die Tätigkeit der Verwaltung dar.^{3; 4} Gebühren werden also bei einer öffentlich-rechtlichen Ausgestaltung des Nutzungsverhältnisses erhoben. Wird das Nutzungsverhältnis privatrechtlich ausgestaltet, so erhebt die Bibliothek Entgelte.

Ein relevanter Unterschied zwischen Gebühren und Entgelten ist die gesetzliche Vorgabe hinsichtlich der Höhe. Gebühren sind nach dem sog. Äquivalenz- und Kostendeckungsprinzip in ihrer Höhe begrenzt. Auf dieses Prinzip wird im Laufe der Arbeit noch eingegangen werden. Entgelte können theoretisch auf eine beliebige Höhe gesetzt werden.⁵

2.3 Verschiedene Gebührenarten

Unabhängig von der Fragestellung, ob eine Bibliothek Gebühren oder Entgelte erhebt, lassen sich verschiedene Arten unterscheiden. Der Einfachheit halber wird im folgenden Absatz nur der Begriff „Gebühren“ benutzt. Rein rechtlich gesehen treffen diese Unterscheidungen nur für Gebühren zu, praktisch lassen sich aber auch Entgelte nach dem Schema unterteilen.

¹ vgl. Umstätter, Walter: Lehrbuch der Bibliotheksverwaltung, 1997, S. 130

² vgl. Rechtsvorschriften für die Bibliotheksarbeit [erarb. von einer Arbeitsgruppe der Rechtskommission des Deutschen Bibliotheksverbandes e.V. (dbv)] 2009, S. 9

<http://www.bibliotheksporta.de/fileadmin/0themen/Recht/dokumente/benutzung.pdf> (20.06.2010)

³ vgl. Frankenberger, Rudolf (Hrsg.): Die moderne Bibliothek: ein Kompendium der Bibliotheksverwaltung, 2004, S. 366

⁴ vgl. Beger, Gabriele: Ausleihe von Medien gegen Gebühr. In: Bibliotheksdienst 39 (2005)2, S. 229-232, hier: S.230

⁵ vgl. Rechtsvorschriften für die Bibliotheksarbeit, 2009

<http://www.bibliotheksporta.de/fileadmin/0themen/Recht/dokumente/benutzung.pdf> (20.06.2010)

Wie schon im vorherigen Absatz erläutert, wird bei Bibliotheken mit öffentlich-rechtlicher Ausgestaltung des Nutzungsverhältnisses zwischen Benutzungs- und Verwaltungsgebühren unterschieden. Zu den Verwaltungsgebühren gehören Gebühren für die Anmeldung, den Leihverkehr, die Vorbestellung, die Ersatzleistung und Mahn- und Säumnisgebühren.⁶ Mahn- und Säumnisgebühren werden häufig synonym verwandt, es besteht jedoch ein Unterschied. Säumnisgebühren fallen automatisch an, sobald die Leihfrist eines Mediums überschritten wurde. Meistens wird sie pro Medium für einen bestimmten Zeitraum der Überschreitung berechnet, bspw. für jedes Medium pro angefangene überschrittene Woche einen bestimmten Geldbetrag. Ein Schreiben braucht es dazu nicht. Mahngebühren sind davon unabhängig, und werden aufgrund eines besonderen Schreibens erhoben.⁷ All diese Gebühren lassen sich als Verwaltungsgebühren beschreiben, da der Nutzer für einen Verwaltungsaufwand zahlt. Unter Benutzungsgebühren fallen die verschiedenen Gebühren, welche der Nutzer für den „Gebrauch der öffentlichen Sache oder Einrichtung“ entrichtet. Dies sind zum einen die Pauschalgebühren, die der Nutzer je nach Gebührenmodell in verschiedenen Perioden zahlt. Zum anderen lassen sich darunter die Bandgebühren fassen, welche einige Bibliotheken für besondere Mediengruppen pro Medium, oder auch, je nach Gebührenmodell, für die Ausleihe jedes einzelnen Mediums nimmt.

2.4 Bibliotheken – Kultur- oder Bildungseinrichtungen?

Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, erscheint es sinnvoll, den umfassenden Begriff der „Kultur“ einzugrenzen. Die Weltkonferenz für Kulturpolitik 1982 in Mexiko definierte im sog. erweiterten Kulturbegriff

„...daß die Kultur in ihrem weitesten Sinne als die Gesamtheit der einzigartigen geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Aspekte angesehen werden kann, die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen...“⁸

Diese Definition ist bis heute anerkannt und Grundlage für kulturpolitische Entscheidungen. Ein Problem dieser Definition liegt darin, dass sie ein sehr weites Feld umfasst. Die öffentlichen Mittel zur Kulturfinanzierung sind jedoch begrenzt, weshalb es

⁶vgl. Lehmann, Jörg: Benutzungsgebühren in Öffentlichen Bibliotheken der Bundesrepublik Deutschland: Entwicklung der Fachdiskussion seit dem Anfang der 80er Jahre. 1995, S. 5-6

⁷ vgl. Deifel, Ralph: Versäumnis-, Mahn- und Vorbestellgebühren in kommunalen öffentlichen Bibliotheken. In: Öffentliche Bibliotheken in Bayern 5(2002), S. 9

⁸ Grundlagentexte der deutschen UNESCO-Kommission: UNESCO zwischenstaatliche Konferenz über Kulturpolitik für Entwicklung, 30. März bis 2. April 1998, Stockholm: The Power of Culture: Aktionsplan Kulturpolitik für Entwicklung, Schweden, S. 1 http://www.ifa.de/pdf/abk/inter/unesco_kulturpol_entwick.pdf (01.07.2010)

nicht möglich ist, alle Aktivitäten und Institutionen, die dieser Begriff umfasst, zu fördern. Um eine konkretere Entscheidungsgrundlage zu haben, wohin Mittel zur Kulturfinanzierung fließen sollen, wurde der Begriff eingeengt. 2003 einigten sich Bund, Länder und Kommunen auf eine engere Fassung des Kulturbegriffs, welcher sich den Angaben der beteiligten Institutionen zufolge am erweiterten Kulturbegriff orientierte. Dieser engere Kulturbegriff beinhaltet konkrete Bereiche, anhand derer festgemacht ist, was in Deutschland als Kultur gefördert wird und was nicht. Hier werden „allgemeine und wissenschaftliche Bibliotheken“ explizit als eigener Bereich der Kultur genannt.⁹

Es lässt sich also feststellen, dass Bibliotheken in Deutschland offiziell als kulturelle Einrichtungen gesehen werden. Gleichzeitig ist offensichtlich, dass Bibliotheken sich in ihrem Selbstverständnis auch immer mehr als Bildungseinrichtung verstehen. So fordert das Strategiepapier „Bibliothek 2007“ die stärkere Einbindung von Bibliotheken in das Bildungssystem.¹⁰ Im Thüringischen Bibliotheksgesetz werden Bibliotheken als Bildungseinrichtungen definiert.¹¹

Es ist zu konstatieren, dass Bibliotheken von „offizieller Seite“ sowohl als Kultureinrichtungen, als auch als Bildungseinrichtungen gesehen werden. Allerdings sind Bibliotheken freiwillige Einrichtungen.¹² Diese Freiwilligkeit ist eher typisch für kulturelle Einrichtungen, weniger für Bildungseinrichtungen. Von den „praktischen Auswirkungen“ der Finanzierung her trägt eine Bibliothek also mehr kulturelle Züge.

2.5 Öffentliche und wissenschaftliche Bibliotheken

Bibliotheken '93, das Strategiepapier der Bundesvereinigung deutscher Bibliotheksverbände, strukturiert die deutsche Bibliothekslandschaft nach Aufgaben und Größe der Bibliotheken. Dies umfasst die Unterteilung aller Bibliotheken in vier Funktionsstufen:¹³ (Tab. 1)

⁹ vgl. Schölzig, Krista: Öffentliche Kulturförderung in Deutschland und den USA: Ein Vergleich vor dem Hintergrund leistungsstaatlicher und gewährleistungsstaatlicher Modelle, 2007, S. 42-44

¹⁰ vgl. Bertelsmann Stiftung: Bibliothek 2007; Strategiekonzept, 2004, S. 10

¹¹ Thüringer Bibliotheksgesetz (ThürBibG) vom 16. Juli 2008, §3

¹² vgl. Schlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, Drucksache 16/7000 des Dt. Bundestages, 2007, S.129-130

¹³ vgl. Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände: Bibliotheken '93 : Strukturen, Aufgaben, Positionen, 1994, S.

Tab. 1: Funktionsstufen des deutschen Bibliothekswesens

1. Stufe	Grundbedarf kleinere und mittlere öffentliche Bibliotheken; Mittelpunktbibliotheken; Zweigstellen der Stadtbibliotheken
2. Stufe	gehobener Bedarf Zentralbibliotheken großstädtischer Bibliothekssysteme
3. Stufe	spezialisierte Bedarfs Landesbibliotheken; Hochschulbibliotheken; Spezialbibliotheken; Stadtbibliotheken (>400.000 Einw.)
4. Stufe	hochspezialisierte Bedarfs Staatsbibliotheken; Zentrale Fachbibliotheken; Universitäts- und Staatsbibliotheken mit Sondersammelgebieten; einige Spezialbibliotheken

Quelle: Bibliotheken '93 : Strukturen, Aufgaben, Positionen, 1994, S. 11

In Bibliotheken '93 wird bei Bibliotheken der 1. und 2. Stufe von Öffentlichen Bibliotheken gesprochen, bei Bibliotheken der 3. und 4. Stufe von wissenschaftlichen Bibliotheken. Mit Ausnahme der Stadtbibliotheken von Städten mit mehr als 400.000 Einwohnern gehören somit alle kommunal betriebenen Bibliotheken der ersten oder zweiten Funktionsstufe an. In der hier vorliegenden Arbeit werden ausschließlich kommunale Bibliotheken berücksichtigt.

3. Die Bibliothek, ihre Bedeutung für die Gesellschaft und ihre Finanzierung

Um die Finanzierung einer Bibliothek durch öffentliche Mittel - also durch die Gesellschaft - zu legitimieren, ist es erforderlich, ihre Relevanz für die Gesellschaft zu belegen. Im nachfolgenden Kapitel wird die Relevanz von Bibliotheken anhand der drei Aspekte Kultur, Bildung und Verfassungsrecht dargelegt. Anschließend werden die rechtlichen Rahmenbedingungen der Finanzierung und das Verhältnis zwischen Gebühren und Zuschüssen näher betrachtet. Da an der Umfrage ausschließlich Öffentliche Bibliotheken teilgenommen haben, sind die nachfolgenden Ausführungen auch ausschließlich auf Öffentliche Bibliotheken bezogen.

3.1 Die Bedeutung der Bibliothek für die Gesellschaft

3.1.1 Kulturelle Bedeutung

Bibliotheken lassen sich als Kultur bewahrende Institutionen verstehen. Schopenhauer sprach von Bibliotheken als „...allein das sichere und bleibende Gedächtnis des menschlichen Geschlechts...“¹⁴. Einschränkend ist hier zu bemerken, dass eine Bibliothek kein neutraler Speicher von Wissen ist. Sie strukturiert und selektiert, was aufgenommen wird. Mehrere Faktoren führen zu einer Einschränkung der Objektivität des „Gedächtnisses“:

Bibliotheken nahmen lange Zeit nur verschriftlichtes Wissen auf. So genanntes Alltagswissen und mündliche Überlieferungen gingen somit verloren.¹⁵

Was in eine Bibliothek aufgenommen wird, unterliegt außerdem auch Einflüssen des Zeitgeistes. Im Mittelalter fand im Zuge der Übertragung von Papyrus-Schriftrollen auf Pergament-Kodices eine Anpassung des Literaturkanons an den christlichen Kanon statt. Viele Werke der Antike gingen so verloren.¹⁶ In der Renaissance kam es zu einem Gegentrend: die klassischen Werke der Antike wurden wiederentdeckt und neu aufgelegt, der christliche Kanon aufgebrochen. Neue Bibliotheken entstanden, in denen diese Werke gesammelt wurden.¹⁷

Im 19. Jahrhundert wiederum gab es Bibliotheken, die der „Volkspädagogik“ und der „öffentlichen Erziehung“ dienten. In diesem Kontext wurde Wert darauf gelegt, nur „gute“ Bücher anzubieten, und die Leser vom Konsum von für das Bildungsziel kontraproduktiv angesehener Literatur abzubringen.¹⁸

Neben der Selektion beim Bestandsaufbau ist die Rezeption ein Faktor, der der Objektivität der Bibliothek entgegensteht: Wie die Zeichen, die in Büchern und anderen Medien gespeichert sind aufgefasst und interpretiert werden, hängt von dem Rezipienten, des kulturellen und zeitlichen Kontextes der Rezeption und der Einordnung in den aktuellen wissenschaftlichen Diskurs ab. Das bedeutet, dass Bibliotheken kein „Wissen“ speichern, sondern lediglich Zeichen, die unter Berücksichtigung der o.g. Faktoren interpretiert werden können.¹⁹

Trotz dieser einschränkenden Faktoren kann meiner Ansicht nach durchaus von einer „Gedächtnisfunktion“ der Bibliotheken für die menschliche Kultur gesprochen werden,

¹⁴ Schopenhauer, Arthur: Parerga und Paralipomena: kleine philosophische Schriften, 2. Band, 1862, S. 519

¹⁵ vgl. Stocker, Günther: Schrift, Wissen und Gedächtnis : das Motiv der Bibliothek als Spiegel des Medienwandels im 20. Jahrhundert, 1997, S. 77

¹⁶ vgl. Jochum, Uwe: Kleine Bibliotheksgeschichte, 2007, S. 52-54

¹⁷ vgl. Jochum: Kleine Bibliotheksgeschichte, S. 79

¹⁸ vgl. Jochum: Kleine Bibliotheksgeschichte, S. 151-154

¹⁹ vgl. Stocker: Schrift, Wissen und Gedächtnis, S. 77

da auch gerade diese, dem Zeitgeist geschuldeten Einflüsse Ausdruck der menschlichen Kultur sind.

Die praktische Umsetzung der Bibliothek als „kulturelles Gedächtnis“ wird durch „Bibliotheken '93“ beschrieben. Unter anderem in den Anforderungen an Bibliotheken der Funktionsstufe 3 wird das Ziel der Bestandserhaltung deutlich: Es werden geeignete Lagerungsbedingungen gefordert, die sicherstellen, dass der Bestand optimal vor Alterung geschützt wird. Desweiteren wird die Entsäuerung von Büchern, die in den letzten 150 Jahren erschienen sind angemahnt, sobald technische Mittel zur Verfügung stehen, die dies auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten in Massенbearbeitung erlauben.

Neben diesen Anforderungen wird Bibliotheken der Stufe 3 außerdem eine Archivfunktion zugewiesen, die die Aussonderung von Bestand nur „in geringem Umfang“ (vor allem Mehrfachexemplare) erlaubt. Es wird der Bau von Magazinbibliotheken gefordert, um dem beständig wachsenden Bestand gerecht zu werden.²⁰

Neben diesen grundlegenden Überlegungen zur kulturellen Bedeutung einer Bibliothek im Sinne eines „kulturellen Gedächtnisses“ kann der Bibliothek außerdem auch eine eher „praktische“ kulturelle Bedeutung beigemessen werden. In „Bibliotheken '93“ wird als eine Aufgabe von Bibliotheken der zweiten Funktionsstufe die Kulturarbeit in der Kommune genannt. Hierunter verstehen die Herausgeber insbesondere „(...) Ausstellungen, Veranstaltungen, Literatur- und Kunstförderung und Unterstützung freier Kulturarbeit und bürgerschaftlichen Engagements durch Kooperation mit örtlichen und regionalen Initiativen und Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen durch Information und Kommunikation.“²¹

In „21 gute Gründe für Bibliotheken“, einer Imagebroschüre des BID, wird insbesondere der kulturell verbindende und soziale Aspekt der Aufgaben einer Bibliothek betont. Bibliotheken stehen jedem Bürger offen – ungeachtet der sozialen und ethnischen Herkunft. Sie hat die Aufgabe, allen Gruppen gleichermaßen die bibliothekarischen Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, die verschiedenen Gruppen zusammen zu führen und integrativ zu wirken. Dies soll zum einen durch den mehrsprachigen Bestand und zum anderen durch die Bibliothek als Ort der Begegnung realisiert werden.²² In eine ähnliche Richtung argumentiert das Strategiekonzept „Bibliothek 2007“, welches von der Bertelsmann Stiftung und der Bundesvereinigung Deutscher

²⁰ vgl. Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände: Bibliotheken '93, 1994, S. 37-38

²¹ vgl. Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände: Bibliotheken '93, S. 18

²² vgl. Bibliothek & Information Deutschland : 21 gute Gründe für Bibliotheken, 2009

Bibliotheksverbände herausgegeben wurde. Hier wird die Aufgabe der Bibliothek betont, die Auseinandersetzung mit Literatur, Kunst und Musik zu fördern und einen Ort der Begegnung zwischen Generationen und Kulturen zu schaffen.²³

3.1.2 Bildungspolitische Bedeutung

In den letzten Jahren positionierten sich die Öffentlichen Bibliotheken zusätzlich zum kulturellen auch auf dem bildungspolitischen Sektor. Diese Verschiebung des Selbstverständnisses, weg vom reinen Kulturbetrieb, hin zur Kultur- und Bildungseinrichtung, lässt sich an einigen Indikatoren ablesen. Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages fordert eine strukturelle, organisatorische und rechtliche Vernetzung von Bildungsorganisationen und kommunalen Bibliotheken. Neben Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen werden explizit die Migranten als Zielgruppe der Bibliotheken benannt. Durch das kostengünstige Angebot von Informationsressourcen aller Art kann die Bibliothek der digitalen Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken. Die Enquete Kommission hebt hervor, dass es hierzu notwendig sei, Bibliotheken als (kulturelle) Bildungsinstitutionen wahrzunehmen, was ihres Erachtens nach schon vielerorts der Fall ist.²⁴

Lebenslanges Lernen

Auch in dem Strategiekonzept „Bibliothek 2007“ werden Bildungsaufgaben als Aufgaben von Bibliotheken definiert. Hier wird insbesondere auf die Medienkompetenz- und die Leseförderung, sowie auf das Lebenslange Lernen eingegangen.²⁵

Die Notwendigkeit des Lebenslangen Lernens ist auf EU-Ebene und auch in Deutschland unumstritten. Die Europäische Kommission brachte im Jahr 2000 das „Memorandum über Lebenslanges Lernen“ heraus. Hierin wurden die Ergebnisse des Europäischen Rates zu Lissabon hinsichtlich des Lebenslangen Lernens festgehalten. Es wurde festgestellt, dass „...sich Europa unbestreitbar auf dem Weg in das Zeitalter des Wissens befindet...“ und „...dass der erfolgreiche Übergang zur wissensbasierten Wirtschaft und Gesellschaft mit einer Orientierung zum lebenslangen Lernen einhergehen muss.“²⁶

In Deutschland brachte die Bund-Länder-Kommission ein Strategiekonzept für Lebenslanges Lernen heraus, durch das die Notwendigkeit des Lebenslangen Lernens

²³ vgl. Bertelsmann Stiftung: Bibliothek 2007: S.12

²⁴ vgl. Schlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, S. 130

²⁵ vgl. Bertelsmann Stiftung: Bibliothek 2007: S.11

²⁶ Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Memorandum über Lebenslanges Lernen, 2000, S. 3

unzweifelhaft festgestellt wird.²⁷

Aufgrund des Strategiepapiers „Bibliothek 2007“ stellte das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung 2005 fest, dass sich deutsche Bibliotheken im Moment vor allem auf die Vermittlung von Lese-, Medien- und Informationskompetenz konzentrieren, was nur einen Teil des Spektrums des Lebenslangen Lernens abdeckt. Es sei aber ein Trend erkennbar, nach dem die Bibliotheken ihre Aktivitäten darüber hinaus ausweiteten. Es gibt positive Beispiele die dies belegen. So arbeiten die Stadtbibliotheken Stuttgart und Würzburg erfolgreich mit den dortigen Volkshochschulen zusammen. Dort werden in den Räumlichkeiten der Bibliotheken Medienangebote mit Fortbildungsangeboten kombiniert. In Berlin wurden wiederum 32 Lernplätze eingerichtet, an denen Lern- und Bildungssoftware zur Verfügung gestellt wird.²⁸

Ein grundlegendes Problem wird allerdings darin gesehen, dass pädagogische Kompetenzen derzeit kein wesentlicher Bestandteil der bibliothekarischen Ausbildung sind, diese aber erforderlich wären, wenn Bibliotheken ernsthaft als Bildungsinstitutionen fungieren wollen. Eine Lösung stellt hierbei die Kooperation mit anderen Bildungseinrichtungen, insbesondere den Volkshochschulen, dar, welche in den o.g. Beispielen teils auch praktiziert wird.²⁹

Wie erfolgreich Bibliotheken sich auf dem Gebiet des Lebenslangen Lernens etablieren können, zeigen Beispiele aus dem Ausland. In Großbritannien wurden in den letzten Jahren ein Netzwerk von sog. „Learning centres“ (zu Deutsch: Selbstlernzentren) aufgebaut. In zahlreichen Einrichtungen ist es nun möglich in dafür vorgesehenen Räumlichkeiten selbstorganisiert zu lernen, und zwar angepasst an die individuellen Lernbedürfnisse, Lernzeiten und Lerngeschwindigkeiten. Bibliotheken sind ein integraler Bestandteil dieses Netzwerks. Die Strukturen sind hierbei recht heterogen: in einigen Einrichtungen gibt es lediglich eine grundlegende Ausstattung mit Lernmaterialien, während andere hunderte von Rechnern anbieten.³⁰

Bildungspartnerschaft Bibliothek und Schule

Diese schon erwähnte Zusammenarbeit zwischen Bildungsinstitutionen und Bibliotheken wird seit 2005 in dem Projekt „Bildungspartner NRW – Bibliothek und

²⁷ vgl. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung : Strategie für Lebenslanges Lernen in der Bundesrepublik Deutschland, 2004

²⁸ vgl. Stang, Richard: Bibliotheken und Lebenslanges Lernen: Kooperationen, Netzwerke und neue Institutionenformen zur Unterstützung Lebenslangen Lernens : Expertise zum aktuellen Stand, 2005, S. 14-16
<http://www.die-bonn.de/publikationen/online-texte/index.asp> (16.06.2010)

²⁹ vgl. Stang: Bibliotheken und Lebenslanges Lernen, 2005, S. 17

³⁰ vgl. Stang: Bibliotheken und Lebenslanges Lernen, 2005, S. 9

Schule“ vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert. Wie der Titel vermuten lässt, bezieht sich dieses Projekt ausschließlich auf die Ebene der Schulen. Das Projekt verfolgt neben dem Ziel der Förderung von Lese- und Informationskompetenz bei den Schülern unter anderem strukturelle Ziele: Die Kooperation zwischen Schulen und Bibliotheken soll selbstverständlich werden. Hierzu sollen geeignete Strukturen zur Koordination der Zusammenarbeit entwickelt werden. Die Medienangebote der Schulen (z. B. Schulbibliotheken, Selbstlernzentren...) sollen mit denen der örtlichen Bibliothek abgestimmt werden. Außerdem ist es Ziel, in jeder Schule ein Medienkonzept zu etablieren, welches den Schülern Zugang zu geeigneten Medien ermöglicht und die Förderung von Lesekompetenz enthält.³¹

In der Praxis wird die Zusammenarbeit der Bibliotheken mit den Schulen sehr verschiedentlich umgesetzt. In der Stadtbücherei Hamm gibt es z. B. einen Wettbewerb zwischen einzelnen Schulen, in dem acht ausgewählte Bücher gelesen werden, und am Schluss über das beste Buch abgestimmt wird. Eine Jugendjury entscheidet darüber, welche Bücher zur Auswahl stehen; bei diesem Prozess wird erst nach geeigneten Büchern recherchiert, dann eingehend über die Literatur diskutiert. Der Siegertitel wird im Rahmen einer Preisverleihung bekannt gegeben und mit dem Jugendbuchpreis „Lesehammer“ ausgezeichnet. Ebenso werden Urkunden an diejenigen verliehen, die acht Titel gelesen und bewertet haben.³²

Ein anderes Konzept integriert die Bibliothek komplett ins Deutsch-Curriculum der Schule: in der Geschwister-Scholl-Realschule der Stadt Gütersloh finden in jedem Schuljahr zum Lehrplan passende, unterrichtsbegleitende Projekte in Zusammenarbeit mit der Stadtbibliothek Gütersloh statt. So wird z. B. in Klasse 7 die NS-Zeit behandelt. In der Bibliothek finden entsprechende Themenrecherchen statt, und sie hält auch einen Handapparat – also eine Literatúrauswahl speziell zu diesem Thema – vor. In Klasse 9 finden Bewerbungstrainings statt und in der 10. Klasse wird die Klassenfahrt mit Reiseliteratur und Sachliteratur zu den jeweiligen Reisezielen nachbehandelt.³³

Der Erfolg des Projektes „Bildungspartner NRW – Bibliothek und Schule“ lässt sich mit Zahlen belegen: Die Hälfte der kommunalen Bibliotheken in Nordrhein-Westfalen arbeiten mittlerweile mit 15% der Schulen zusammen. Ursprünglich war das Projekt auf fünf Jahre hin angelegt, und sollte 2010 auslaufen. Aufgrund des Erfolges wurde es nun

³¹ vgl. Bildungspartner NRW – Bibliothek und Schule: Ziele; Leseförderung und Medienbildung
<http://www.bibliothek.schulministerium.nrw.de/bibliothekundschule/initiative/ziele/> (16.06.2010)

³² vgl. Schelter, Gisela: Jugendbuchpreis Lesehammer 2010
http://www.bibliothek.schulministerium.nrw.de/bibliothekundschule/lokalekooperation/praxisbeispiele/stadtb%C3%BCche_rei_hamm lesehammer 2010.pdf (19.06.2010)

³³ vgl. „Vernetzung „Strukturplan Stadtbibliothek“ mit dem schulinternen Deutschcurriculum“
http://www.bibliothek.schulministerium.nrw.de/bibliothekundschule/lokalekooperation/praxisbeispiele/strukturplanstadtbib_liothekschulinternesdeutschcurriculum.pdf (19.06.2010)

bis 2015 verlängert.³⁴

3.1.3 Verfassungsrechtliche Bedeutung

Besondere Bedeutung für das Bibliothekswesen hat der Artikel 5 des Grundgesetzes. Dort heißt es in Absatz 1:

„(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

Die freie Meinungsbildung ist eine grundlegende Voraussetzung für eine freiheitlich demokratische Grundordnung. Bibliotheken garantieren eine allgemeine Zugänglichkeit zu den angesprochenen Quellen. Es gibt keine andere öffentliche Einrichtung, die ein derartig vollständiges Angebot von Informationen zur Meinungsbildung bietet. Somit sichern Bibliotheken die freie Meinungsbildung und in letzter Konsequenz auch die demokratische Grundordnung.

3.1.4 Fazit: Legitimation der öffentlichen Finanzierung aufgrund der Bedeutung für die Gesellschaft?

Um diese Frage der Legitimation abschließen beantworten zu können, möchte ich im Folgenden die wesentlichen Punkte zusammenfassend bewerten.

Obwohl Bibliotheken `93 mit ‚Großstadtbibliotheken in Städten mit mehr als 400.000 Einwohnern‘ auch Öffentliche Bibliotheken zur Funktionsstufe 3 zählen, gehört der größte Teil der Bibliotheken der Funktionsstufe 3 zu den wissenschaftlichen Bibliotheken. Da Bibliotheken der Funktionsstufe 1 und 2 keinen Archivierungsauftrag haben, und der Bestandsabbau sich in etwa die Waage mit dem Bestandsaufbau hält, ist der Beitrag der Öffentlichen Bibliotheken zur Bewahrung der Kultur als eher gering einzuschätzen. Ganz anders verhält es sich mit der „praktischen“ Umsetzung des kulturellen Auftrages. In kleineren Gemeinden ist die Bibliothek häufig die einzige öffentliche kulturelle Einrichtung. Zur Förderung des kulturellen Lebens kommt ihr dort

³⁴ vgl. Bibliotheken und Schulen sind Bildungspartner in NRW : Fortschreibung der Gemeinsamen Erklärung http://www.bibliothek.schulministerium.nrw.de/bibliothekundschule/initiative/bpnrw_gemeinsame_erklaerung_bibliothek2.pdf(19.06.2010)

eine elementare Bedeutung zu.

In den aktuelleren Strategiepapieren fällt auf, dass die Bedeutung der Bibliothek für die Integration von Menschen mit anderem kulturellen Hintergrund zunehmend hervorgehoben wird. Dies mag zusammenhängen mit der Debatte über die mangelnde Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, die in den letzten Jahren an Intensität und Bedeutung gewonnen hat. Gerade vor dem Hintergrund dieser Problematik ist die Bedeutung kommunaler Bibliotheken hinsichtlich der Zusammenführung verschiedener Kulturen groß. Wenn erreicht wird, dass die Bibliothek als sozialer Treffpunkt nachhaltig etabliert wird, dann kann sie mit ihren kulturellen Angeboten und dem regulären Bestand einen wertvollen Beitrag zur Lösung dieser Probleme leisten.

Ein ähnliches Fazit lässt sich für den Bildungsbereich ziehen. Die angeführten Beispiele zeigen, dass Bibliotheken schon jetzt eine hervorgehobene Rolle als Bildungseinrichtung haben. Die PISA-Studie von 2006 zeigte, dass Deutschland im internationalen Vergleich hinsichtlich der Leistungen der Schüler höchstens im Mittelfeld rangiert. Auch der Bereich der Lesekompetenz entspricht nur dem Durchschnitt, außerdem ist die Spannweite von schlechten zu guten Ergebnissen größer als in anderen Ländern.³⁵ Im Kontext dieser Ergebnisse wird die Bedeutung ersichtlich, die Bibliotheken mit Ihren Bildungsangeboten, die im Schwerpunkt auch die Lesekompetenzförderung beinhalten, zukommt. Die Umsetzung, z. B. in der Bildungspartnerschaft, belegt den Erfolg von Bibliotheken im bildungspolitischen Sektor.

Auch im Bereich der Erwachsenenbildung machen die angeführten Beispiele deutlich, dass Bibliotheken von elementarem Nutzen sind. Die Entwicklung steht hier allerdings noch am Anfang und bietet großes Potential.

Angesichts der dargelegten Leistungen und Potentiale von Bibliotheken auf dem kulturellen- und Bildungssektor und der erläuterten verfassungsrechtlichen Bedeutung ist die Finanzierung von Bibliotheken durch die Gesellschaft einleuchtend und legitim.

³⁵ vgl. PISA-Konsortium Deutschland: PISA 2006 :Die Ergebnisse der dritten internationalen Vergleichsstudie: Zusammenfassung, S. 14-16
http://pisa.ipn.uni-kiel.de/zusammenfassung_PISA2006.pdf (26.06.2010)

3.2 Die Finanzierung

Bibliotheken auf kommunaler Ebene werden von ihrem Träger – also in der Regel der Kommune – finanziert, die Mittel stammen zum größten Teil aus dem kommunalen Steueraufkommen.³⁶ Bibliotheken sind eine freiwillige Einrichtung; es gibt kein Gesetz, welches die Kommunen verpflichten würde, Bibliotheken zu unterhalten.³⁷

3.2.1 Rechtliche Grundlagen des Unterhalts von Öffentlichen Bibliotheken

Die gesetzliche Grundlage des Unterhalts ergibt sich aus einer Reihe von grundgesetzlichen Regelungen. Das Grundgesetz bestimmt in Art. 30:

„Die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben ist Sache der Länder, soweit dieses Grundgesetz keine andere Regelung trifft oder zulässt.“

Da für weite Teile des Kulturbereichs keine Regelungen im Grundgesetz vorliegen, wird hieraus die Kulturhoheit der Länder abgeleitet.³⁸ Diese wiederum delegieren Teile der Kulturarbeit mit Verweis auf Artikel 28 Abs. 22 des Grundgesetzes an die Gemeinden. Dieser Artikel garantiert den Gemeinden u.a. die Selbstverwaltung. Es heißt dort, dass die Gemeinde das Recht hat,

„...alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“

Kulturelle Einrichtungen, zu denen Bibliotheken gezählt werden, fallen unter dieses Selbstverwaltungsrecht.³⁹

Diese Regelungen beinhalten nur das Recht auf die Zuständigkeit, nicht die Verpflichtung des Unterhalts. Regelungen in diese Richtung sind relativ unverbindlich gehalten. In fast allen Verfassungen der Länder gibt es Passagen, die die Kulturförderung als Aufgabe enthalten. Die Verbindlichkeit dieser Passagen ist allerdings sehr unterschiedlich. Sie reicht von der expliziten Verpflichtung zur Kulturförderung in Sachsen (Art. 11, (1), in der Bibliotheken ausdrücklich genannt

³⁶ vgl. Ahlfänger, Franziska: Jugend, Bildung, Bibliotheken : Modelle der Finanzierung und Projektförderung., 2009, S. 63

³⁷ vgl. Schlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, S. 129-130

³⁸ vgl. Schölzig, Krista: Öffentliche Kulturförderung in Deutschland und den USA: S. 115

³⁹ vgl. Schölzig, Krista: Öffentliche Kulturförderung in Deutschland und den USA. S. 118

werden, bis hin zu der recht pauschalen Aussage in der Berliner Landesverfassung Art. 20(2) „Das Land schützt und fördert das Kulturelle Leben“⁴⁰

Eine Konkretisierung der Pflicht, Kultur zu fördern findet sich in den jeweiligen Gemeindeordnungen der Flächenländer. Hier wird allerdings immer die „Grenze der Leistungsfähigkeit“ als das Maximum der Wahrnehmung der Kulturförderung definiert.⁴¹

Daraus folgt, dass es auch keine verbindlichen Vorgaben zur finanziellen Ausstattung eventuell vorhandener Bibliotheken gibt. So ist die Höhe der finanziellen Ausstattung einer Bibliothek maßgeblich von der finanziellen Leistungsfähigkeit der entsprechenden Trägerkommune abhängig.

Diese Leistungsfähigkeit ist u.a. in Folge der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise beeinträchtigt. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund stellte fest, dass die Steuereinnahmen der Gemeinden in 2010 gegenüber 2008 um 12 Mrd. € zurückgegangen sind. Gleichzeitig sind die Ausgaben der Gemeinden, vor allem die des Sozialbereichs, gestiegen.⁴²

Infolge dieser Entwicklungen erheben viele Bibliotheken Gebühren bzw. Entgelte, um den Kommunalen Zuschuss zu ergänzen. Das bedeutet allerdings nicht unbedingt, dass die Einnahmen den Bibliotheken selbst zugute kommen. Wie aus den Interviews hervorging, ist dies unterschiedlich geregelt.

Kostendeckungsgrad

Wenn Gebühren als Reaktion auf leere Stadtkassen erhöht werden, stellt sich die Frage, welcher Kostendeckungsgrad von einer Bibliothek realistischweise erreicht werden kann. Hierzu gibt es sehr unterschiedliche Angaben. Einer Umfrage des sächsischen Städte- und Gemeindebundes nach liegt der durchschnittliche Kostendeckungsgrad der kommunalen Bibliotheken in Sachsen bei unter 4%.⁴³ Der Kostendeckungsgrad der Stadtbibliothek Mönchengladbach hingegen ist, eigenen Angaben zufolge, dank der neu eingeführten RFID-Anlage bei 27%⁴⁴ anzusetzen. Die Stadtbibliothek Böblingen wiederum verweist auf einen Kostendeckungsgrad von 7,5%, den sie explizit den Gebühren zuschreibt.⁴⁵ Unabhängig von der Frage, welche Werte eher dem Durchschnitt entsprechen, machen diese Zahlen deutlich, dass die Einnahmen von Bibliotheken im günstigsten Falle gut 1/3 der Kosten decken, sie in der

⁴⁰ vgl. Schölzig, Krista: Öffentliche Kulturförderung in Deutschland und den USA. S 119-125

⁴¹ vgl. Schölzig, Krista: Öffentliche Kulturförderung in Deutschland und den USA. S. 126

⁴² vgl. „Internetauftritt des Deutschen Städte- und Gemeindebundes: Schwerpunkt Gemeindefinanzen“

<http://www.dstgb.de/homepage/artikel/schwerpunkte/gemeindefinanzen/> (20.06.2010)

⁴³ vgl. „Internetauftritt des Landes Sachsen: sachsen.de : kommunal21 – Landesdirektion Dresden (LDD)“

http://www.rp-dresden.de/kommunal21/index.asp?ID=404&art_param=19 (01.07.2010)

⁴⁴ vgl. „Internetauftritt der Stadt Mönchengladbach : Freizeit und Tourismus“

[http://www.moenchengladbach.de/index.php?id=99&tx_ttnews\[tt_news\]=1481&tx_ttnews\[year\]=2010&tx_ttnews\[month\]=05&cHash=efb1216004](http://www.moenchengladbach.de/index.php?id=99&tx_ttnews[tt_news]=1481&tx_ttnews[year]=2010&tx_ttnews[month]=05&cHash=efb1216004) (01.07.2010)

⁴⁵ vgl. „Internetauftritt der Stadt Böblingen“

http://www.boeblingen.de/servlet/PB/menu/1285283_11/index.html (01.07.2010)

Regel aber eher noch darunter anzusiedeln sind.

3.2.2 Rechtliche Grundlagen der Gebührenerhebung in Nordrhein-Westfalen

Die gesetzliche Grundlage zur Erhebung von Gebühren und Entgelten in Nordrhein-Westfalen ist das Kommunalabgabengesetz (KAG). Dort heißt es in § 6:

„(1) Benutzungsgebühren sind zu erheben, wenn eine Einrichtung oder Anlage überwiegend dem Vorteil einzelner Personen oder Personengruppen dient, sofern nicht ein privatrechtliches Entgelt gefordert wird. Im Übrigen können Gebühren erhoben werden. Das veranschlagte Gebührenaufkommen soll die voraussichtlichen Kosten der Einrichtung oder Anlage nicht übersteigen und in den Fällen des Satzes 1 in der Regel decken. § 109 der Gemeindeordnung bleibt unberührt.“⁴⁶

Dies trifft auf Bibliotheken zu, die ihr Verhältnis zum Nutzer öffentlich-rechtlich ausgestaltet haben. Bei einer privatrechtlichen Ausgestaltung werden die in dem Absatz erwähnten Entgelte erhoben. Zur Höhe der Gebühren werden noch weitere Vorgaben getroffen:

„(3) Die Gebühr ist nach der Inanspruchnahme der Einrichtung oder Anlage zu bemessen (Wirklichkeitsmaßstab). Wenn das besonders schwierig oder wirtschaftlich nicht vertretbar ist, kann ein Wahrscheinlichkeitsmaßstab gewählt werden, der nicht in einem offensichtlichen Missverhältnis zu der Inanspruchnahme stehen darf. Die Erhebung einer Grundgebühr neben der Gebühr nach Satz 1 oder 2 sowie die Erhebung einer Mindestgebühr ist zulässig.“⁴⁷

Die Höhe der Gebühren wird also in ein Verhältnis zur Nutzung der Bibliothek gesetzt. Außerdem darf das Aufkommen die Kosten nicht übersteigen. Hier wird auch vom Äquivalenz- und Kostendeckungsprinzip gesprochen.⁴⁸ Dies bedeutet, dass z. B. die Ausleihgebühr die tatsächlichen Kosten, die durch eine Ausleihe entstehen nicht übersteigen darf, und dass die Gebühr in einem angemessenen Verhältnis zur Leistung stehen muss. Das gleiche gilt für Mahn- und Säumnisgebühren.⁴⁹ Auch die Grundgebühr – im bibliothekarischen Kontext die Jahresgebühr – ist zulässig.

⁴⁶ Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21.10.1969 (GV. NRW. S. 712), zuletzt geändert durch Art. 74 des Gesetzes zur Anpassung des Landesrechts an den Euro in Nordrhein-Westfalen (EuroAnpG NRW) vom 25.9.2001 (GV. NRW. S. 708 ff.) - SGV. NRW. 610 -, §6

⁴⁷ Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen, §6

⁴⁸ vgl. Rasche, Monika: Preise, Gebühren, Mitteleinwerbung. In: Bibliotheksdienst 30 (1996)10, S. 1762

⁴⁹ vgl. Frankenberger (Hrsg.): Die moderne Bibliothek, S. 366

Eine Mahngebühr ist der eigentlichen Definition nach keine Gebühr. Sie ist trotzdem zulässig, solange die o.g. Prinzipien beachtet werden.

Angemerkt sei hier, dass diese Vorgaben nur für die Erhebung von Gebühren gelten, privatrechtliche Entgelte sind hiervon nicht betroffen. Diese können in der Höhe frei ausgestaltet werden.⁵⁰

Leih- oder Mietgebühr?

Eine Ausleihe ist per Definition „die unentgeltliche Überlassung des Gebrauchs einer Sache“.⁵¹ Auf den ersten Blick scheint die Ausleihe von Medien gegen eine Gebühr dieser Definition zu widersprechen. Vielmehr scheint es sich um einen Mietvertrag zu handeln. Hierbei „...überlässt der Vermieter dem Mieter auf Zeit eine Sache zum Gebrauch. Im Gegenzug schuldet der Mieter dem Vermieter ein Entgelt in Form des Mietzinses.“⁵²

Diese Unterscheidung ist deshalb relevant, weil eine Vermietung der Medien der Zustimmung der Urheber bedürfen würde.⁵³ Es handelt sich jedoch um eine Ausleihe, solange das oben erwähnte Kostendeckungsprinzip beachtet wird, und somit keine Gewinnerzielungsabsicht unterstellt werden kann.⁵⁴ Das bedeutet im Einzelnen, dass die Gebühren zum einen eine Gegenleistung zum Verwaltungsaufwand der Ausleihe und zum anderen eine Benutzungsgebühr zur Benutzung der entliehenen Medien darstellen. Die Gebühren dürfen also nicht die Kosten übersteigen, die Ausleihe und Bereitstellung der Medien nach sich ziehen.

Der zuletzt dargestellte Sachverhalt trifft faktisch auch auf privatrechtlich erhobene Entgelte zu. Zwar gibt es keine gesetzlich geregelte Entgeltobergrenze; allerdings wäre ein Entgelt, welches weit über den Kostendeckungsgrad hinausgeht, und somit Gewinne nach sich zieht, aufgrund der Zustimmungspflicht der Urheber nicht umsetzbar.

⁵⁰ vgl. Rechtsvorschriften für die Bibliotheksarbeit [erarb. von einer Arbeitsgruppe der Rechtskommission des Deutschen Bibliotheksverbandes e.V. (dbv)] 2009

<http://www.bibliotheksporta.de/fileadmin/0themen/Recht/dokumente/benutzung.pdf> (20.06.2010)

⁵¹ Gabler Wirtschaftslexikon [Online-Ausgabe]

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/8377/leihe-v4.html> (24.6.2010)

⁵² Gabler Wirtschaftslexikon [Online-Ausgabe]

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/5782/miete-v6.html> (24.06.2010)

⁵³ vgl. Beger: Ausleihe von Medien gegen Gebühr, S. 229

⁵⁴ vgl. Beger: Ausleihe von Medien gegen Gebühr, S. 230

4. Auswirkungen auf die Nutzung – bisherige Erfahrungen und theoretische Grundlagen

4.1 Verschiedene Gebührenmodelle im Vergleich⁵⁵

In der „Buch und Bibliothek“ ist 2003 ein Artikel mit dem Titel „Die Bibliothekare bitten zur Kasse: Ein Überblick über die Gebühren in Öffentlichen Bibliotheken“ erschienen, der einen sehr guten Überblick über die Gebührenproblematik und die damals aktuelle Situation der Gebühren bietet.

Der Artikel behandelt folgende Aspekte von Gebühren:

- Die vier häufigsten Gebührenmodelle und ihre Auswirkungen
- Die Höhe der Gebühren, auch im Zusammenhang mit der Größe der Bibliothek

Der Artikel beschränkt sich auf die Analyse von Gebühren für die Ausleihe von Medien. Verwaltungsgebühren wie z. B. Mahngebühren, die Vormerkgebühr oder die Ersatzausweisgebühr bleiben außen vor.

Da der Artikel mittlerweile sieben Jahre alt ist, werden die Angaben zur durchschnittlichen Höhe von Gebühren vernachlässigt, da sich diese mittlerweile geändert haben werden. Die Analyse der Gebührenmodelle und ihrer Auswirkungen hat jedoch höchste Relevanz für diese Arbeit, weshalb im Folgenden näher auf die dort veröffentlichten Erkenntnisse eingegangen wird.

Grundlage der Auswertungen sind 900 Bibliotheken gewesen, was 90% der Öffentlichen Bibliotheken entsprach, die Gebühren erhoben haben. Berücksichtigt wurden bei den folgenden Betrachtungen lediglich die Buch- und Zeitschriftenausleihe. Auf die AV-Medien wird danach gesondert eingegangen. Die prozentuale Verteilung der verschiedenen Modelle ist im Kontext des Datums zu sehen, an dem die Erhebung stattfand. Da die Anzahl der Bibliotheken, die Gebühren für die Ausleihe erheben, sich inzwischen erhöht haben dürften, ist zu vermuten, dass die Verteilung der verschiedenen Modelle sich ebenfalls geändert hat. Dies gilt insbesondere für den prozentualen Anteil der Bibliotheken, die zusätzliche Gebühren für die Ausleihe von AV-Medien erheben.

Ausschließliche Jahresgebühr (52%)

Neben der Jahresgebühr gibt es keine Alternative. Für besondere Zielgruppen, wie z. B. Wehr- und Zivildienstleistende, Auszubildende, Studenten etc. gibt es in der Regel

⁵⁵ vgl. Locher, Lieselotte: Die Bibliothekare bitten zur Kasse: Ein Überblick über die Gebühren in Öffentlichen Bibliotheken. In: Buch und Bibliothek (BuB) 55 (2003)10/11, S. 637-642

ermäßigte Sätze.

Jahres- oder Monatsgebühr (17%)

Der Nutzer hat die Wahl zwischen unterschiedlich langen Perioden, für die er eine Grundgebühr bezahlt. In der Regel gibt es eine Jahresgebühr und kürzere Zeiträume, wie z. B. eine Quartals- oder eine Monatsgebühr. Auf einen Monat umgerechnet ist die Jahresgebühr immer die günstigste Variante. Bei verschiedenen Abstufungen gilt gleiches für die längeren gegenüber den kürzeren Perioden.

Jahresgebühr oder Gebühr pro Ausleihe (13%)

Der Nutzer hat die Wahl zwischen einer Jahresgebühr, oder einer Gebühr pro Ausleihe eines Mediums. Im Durchschnitt lohnt sich die Jahresgebühr ab 15 Ausleihen im Jahr.

Jahresgebühr oder Tagesausweis (12%)

Alternativ zur Jahresgebühr kann der Nutzer auch einen Tagesausweis erwerben. Häufig ist dies jedoch nur einmalig möglich, da der Tagesausweis als „Kennenlernangebot“ konzipiert ist.

Andere Modelle (6%)

Diese sechs Prozent der Bibliotheken, bieten häufig Kombinationen dieser Modelle an. Ganz selten gibt es auch noch eine reine Bandgebühr, d.h. eine Gebühr für jedes entliehe Medium.

AV-Medien

Unabhängig von den oben beschriebenen Modellen erhoben 12% der Bibliotheken zusätzliche Gebühren für die Ausleihe von AV-Medien. Dies geschah meistens in Form einer Gebühr pro Medium, in einigen Fällen hat der Nutzer zusätzlich auch die Wahl zwischen einer regulären und einer erhöhten Jahresgebühr, wobei letztere die kostenlose Ausleihe von AV-Medien umfasste.

Der zweite Aspekt, welcher für diese Arbeit interessant ist, beinhaltet die Konsequenzen, welche die verschiedenen Modelle nach sich ziehen. Diese erstrecken sich auf die Bereiche der Kosten für die Gebührenerhebung, der Möglichkeit seitens der Nutzer, die Gebühren zu umgehen, der Abschreckung der Nutzer durch die Gebühren, und letztlich darauf, welche Nutzergruppen von den Gebühren besonders betroffen sind.

Um einen Überblick zu gewinnen, ist diese Tabelle aus dem Artikel sehr hilfreich:

Tab. 2: Konsequenzen von Gebühren

	Jahresgebühr	Jahres- oder Monatsgebühr	Jahres oder Bandgebühr	Jahres- oderr Tagesausweis	Bandgebühr
Kosten der Erhebung	gering	mittel	mittel	mittel	hoch
Möglichkeit, die Gebühren zu umgehen	ja	ja	ja	ja	nein
Besonders betroffene Nutzergruppen	Wenignutzer	ausgeglichene Belastung	ausgeglichene Belastung	ausgeglichene Belastung	Vielnutzer
Abschreckungseffekt	mittel	gering	gering	gering	hoch

Quelle: Locher, Lieselotte: Die Bibliothekare bitten zur Kasse. In: Buch und Bibliothek (BuB) 55 (2003)10/11, S. 640

Die **Kosten der Erhebung** meint den Personalaufwand, den es bedarf, um die Gebühren einzunehmen. Dabei wird davon ausgegangen, dass dieser umso höher ist, je häufiger eine Gebühr kassiert werden muss. Unter diesem Aspekt ist es außerdem ratsam, auf die Erhebung von geringen Gebühren zu verzichten. Sie sollten höher sein, als die Kosten der Erhebung. An dieser Stelle sei noch einmal darauf hingewiesen, dass es hier lediglich um Benutzungsgebühren geht. Verwaltungsgebühren, wie z. B. die Vormerkgebühr, betrifft dies nicht, da diese z.T. auch einen Lenkungscharakter haben. Das heißt, dass sie zur Vermeidung von Kosten beitragen, die die Kosten der Erhebung weit übersteigen würden. Im Falle der Vormerkgebühr wären dies z. B. die Kosten für vorbestellte Bücher, die dann nicht abgeholt würden.

Berücksichtigt man aktuelle Entwicklungen der Selbstverbuchung, und der damit häufig einhergehenden Anschaffung eines Kassensautomaten, so relativiert sich die ganze Problematik der Kosten der Erhebung von Gebühren.

Mit der **Möglichkeit, die Gebühren zu umgehen** ist die Problematik der Nutzung eines Ausweises durch mehrere Personen gemeint. Diese tritt bei allen pauschalen Systemen auf. Bisher war es nur mit hohem Aufwand möglich, diesem Problem zu begegnen, z. B. durch die Kontrolle eines Lichtbildausweises. Dies war zwar theoretisch möglich, wurde wohl aber nur selten so gehandhabt. Mit der Einführung von Selbstverbuchungsanlagen ist auch diese theoretische Möglichkeit beinahe ausgeschlossen. Wenn hierfür Personal abgestellt würde, hieße das, den Einspareffekt der Anlagen auszugleichen, was der ursprünglichen Intention der Einführung zuwider laufen würde.

Die **besonders betroffenen Nutzergruppen** werden in diesem Zusammenhang anhand der Anzahl der Medien, die sie entleihen bestimmt. Pauschale Gebührenmodelle bevorzugen eher die Nutzer, welche viele Medien ausleihen, Bandgebühren diejenigen die wenig entleihen. Je nachdem über für wie viele Monate die pauschale Gebühr erhoben wird, verstärkt oder verringert sich der Effekt.

So ergibt sich der **Abschreckungseffekt**. Bei den beiden Modellen, die extrem in eine Richtung gehen, also das Modell der ausschließlichen Jahresgebühr und das der reinen Bandgebühr, ist er höher, da die nicht bevorzugten Nutzergruppen keine Alternative haben. Die Modelle, die durch eine Abstufung möglichst viele Nutzer anzusprechen versuchen, haben einen geringeren Abschreckungseffekt. Dass der Effekt bei der Jahresgebühr nur ‚mittel‘ ausfällt und nicht ‚hoch‘, ist wohl der Annahme geschuldet, dass es als attraktiver empfunden wird, nicht für jedes Medium einzeln bezahlen zu müssen. Damit geht einher, dass sich auch bei jeder Ausleihe Gedanken über die Notwendigkeit eines jeden Mediums gemacht wird.

Sonderfall AV-Medien

Während Bandgebühren bei Büchern und Zeitschriften eher die Ausnahme sind, so ist der Anteil der Bibliotheken, die Einzelgebühren auf AV-Medien erheben relativ hoch. Interessant ist in diesem Fall, dass der Abschreckungseffekt der Einzelgebühren bei AV-Medien nicht zu greifen scheint – die Ausleihen leiden nicht unter den Gebühren. Das mag darauf zurückzuführen sein, dass AV-Medien für viele Nutzer attraktiver sind als Bücher und Zeitschriften, und das Angebot an AV-Medien gleichzeitig wesentlich geringer ausfällt. So werden die Einzelgebühren auf AV-Medien bereitwilliger bezahlt als Bandgebühren auf Bücher.

Die Autorin des Artikels kommt zu dem Schluss, dass ein Gebührenmodell so ausgelegt sein sollte, dass es möglichst vielen Nutzergruppen entgegenkommt. Dies spricht für eines der kombinierten Modelle. Außerdem sollten die offerierten Alternativen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen, damit nicht eine Alternative als völlig unattraktiv wahrgenommen wird. Welches Gebührenmodell den meisten Kunden einer Bibliothek entgegen kommt, lässt sich nicht allgemeingültig bestimmen, da dies von dem Kundenstamm der jeweiligen Bibliothek abhängt. Eine Nutzung aller Alternativen durch eine nennenswerte Zahl von Kunden spricht für eine gelungene Konzeption des Gebührenmodells.

4.2 Studien zur Auswirkung von Bibliotheksgebühren auf die Nutzung

Das DBI führte 1984 und 1993 Studien durch, in denen u.a. den Auswirkungen von Bibliotheksgebühren auf die Nutzung nachgegangen wurde. Diese Studien sind zu alt, als dass sie auf die heutige Nutzungssituation anwendbar wären. Allerdings sind sie für diese Arbeit insofern von Interesse, als sich die Entwicklung der Reaktionen auf die Einführung respektive Erhöhung der Gebühren seit 1984 ablesen lässt.

4.2.1 Die Studie von 1984⁵⁶

Im Jahr 1984 wurden vom DBI Antworten von 137 kommunalen Öffentlichen Bibliotheken zu der Gebührenthematik ausgewertet. Die Gebührenstrukturen der befragten Bibliotheken waren damals folgendermaßen beschaffen:

- Jahresgebühr: 54%
- Bandgebühr: 24,8%
- Bandgebühr und einmalige Anmeldegebühr: 9,5%
- Jahresgebühr oder Bandgebühr bzw. Gebühr pro Ausleihvorgang: 10,2%

Von den 137 befragten Bibliotheken erheben 89 erst seit dem Jahr 1981 Nutzungsgebühren, bzw. haben diese stark erhöht. Für die folgenden Ausführungen über die Auswirkungen wurden nur diese 89 Bibliotheken berücksichtigt.

In 55 Bibliotheken ging die Zahl der Neuanmeldungen bzw. die der aktiven Leser um durchschnittlich 30,4% zurück; die Streuweite des Rückgangs lag zwischen 5,4% und 75%. 17 Bibliotheken verzeichneten keinen Rückgang. In 17 weiteren wurden keine Daten erhoben. In dem Bericht wird allerdings auf die Problematik der Mehrfachnutzung eines Ausweises hingewiesen, was die Aussagekraft dieser Zahlen einschränkt.

Für aussagekräftiger erklärt der Bericht die Rückgänge der Ausleihen. Diese lagen in 74 Bibliotheken im Durchschnitt bei 17,5%. Die Streuweite lag hier zwischen 2% und 72,4%. In zwei Bibliotheken konnten durch andere Einflüsse keine zuverlässigen Daten erhoben werden. In den anderen 13 Bibliotheken blieben die Ausleihen entweder konstant oder stiegen. Der Bericht weist darauf hin, dass auch andere Einflüsse zur Veränderung der Nutzung führen können, hält dies aber für unwahrscheinlich.

Im zweiten Teil der Umfrage wurde nach der Nutzung des Leihverkehrs nach der Erhöhung der Gebühren gefragt. In 84 Bibliotheken wurden Gebühren für den Leihverkehr erhoben. Hiervon wurden in 48 Bibliotheken die Gebühren seit 1981

⁵⁶ Benutzungskommission des Deutschen Bibliotheksinstituts : Umfrage zum Stand und zu den Auswirkungen der Benutzungsgebühren in Öffentlichen Bibliotheken. In: Bibliotheksdienst 18(1984)12, S. 1164-1167

eingeführt oder erhöht – diese 48 Bibliotheken sind Grundlage für die Auswertung. In 19 der 48 Bibliotheken kam es zu einem Rückgang der Bestellungen um 33,7%, in 29 Bibliotheken blieb der Rückgang aus, bzw. die Anzahl der Bestellungen erhöhte sich. Daraus wird in dem Bericht der Schluss gezogen, dass Gebühren auf besondere Dienstleistungen eine weit höhere Akzeptanz genießen als allgemeine Nutzungsgebühren.

4.2.2 Die Studie von 1993⁵⁷

Im Unterschied zu der Umfrage im Jahr 1984 fällt der Bericht über die erhobenen Daten weniger detailliert aus. Der Schwerpunkt des Berichts liegt auf Rahmenbedingungen der Erhebung, wie z. B. Zusammenhänge zwischen dem Zeitpunkt der Einführung und dem Nutzerschwund über mehrere Jahre hinweg. Außerdem wird der Frage nachgegangen, inwieweit die Gebührenerhöhungen Auslöser für Nutzerrückgänge waren, oder ob andere Faktoren ausschlaggebend waren.

Grundlage des Berichts waren in erster Linie 1176 Fragebögen, die das DBI Ende 1993 auswertete. Daneben flossen auch noch Daten und Informationen aus der Deutschen Bibliotheksstatistik, der bibliothekarischen Fachliteratur, Pressenotizen und Berichte aus bibliothekarischen Verbänden und ähnlichen Institutionen ein.

Wie schon erwähnt, ist der Bericht nicht sehr detailliert hinsichtlich des Umfangs des Nutzerrückgangs. Es wird lediglich davon gesprochen, dass Bibliotheken Rückgänge bei der Zahl der Benutzer und der Entleihungen bejahen oder verneinen. Hier wird danach differenziert, wann die Gebühren eingeführt wurden. Folgende Daten sind erhoben worden:

Dass es Rückgänge bei Besuchern und Entleihungen gab, bestätigten

- 39% der ÖB, die 1993 Gebühren einführten
- 21% der ÖB, die 1992 Gebühren einführten
- 25% der ÖB, die 1991 Gebühren einführten
- 28% der ÖB, die vor 1991 Gebühren einführten, diese aber schon mehrmals erhöht bzw. erweitert haben
- 18% der ÖB, die vor 1991 Gebühren einführten, diese aber seitdem unverändert ließen

Auffällig ist, dass der Nutzerrückgang kleiner wird, je länger die Einführung bzw. Veränderung der Gebühren in der Vergangenheit liegt. Gründe hierfür sehen die befragten Bibliotheken in der geringen Höhe der vor längerer Zeit eingeführten

⁵⁷ Rossoll, Erika: Ergebnisse einer DBI-Untersuchung zur Frage der Benutzungsgebühren in Öffentlichen Bibliotheken. In: Bibliotheksdienst 28(1994) 9, S. 1393-1401

Gebühren, in dem seitdem verbesserten Serviceangebot der Bibliotheken und in einem Gewöhnungseffekt der Nutzer an die Gebühren.

Interessant ist auch, dass nur noch rund 1/3 der befragten Bibliotheken eine Beeinträchtigung der Nutzung durch die Gebühren feststellten. Die restlichen Bibliotheken verneinten diese Frage oder machten keinerlei Angaben. In der Erhebung von 1984 gingen in 83% der befragten Bibliotheken die Ausleihen zurück.

Ob sich Gebühren auf die Nutzung auswirken, hängt laut den Verfassern des Berichts auch noch von folgenden Faktoren ab:

- sozialökonomische Situation der jeweiligen Stadt;
- Qualität des Medienbestandes und den sonstigen Benutzungsbedingungen der Bibliothek;
- Art und Höhe der Benutzungsgebühren;
- Öffentlichkeitsarbeit der Bibliothek;

Folgendes Fazit wird gezogen: Der Rückgang ist besonders ausgeprägt, wenn

- Kinder, Jugendliche und sozial schwache Nutzer zahlen müssen, und die Gebühren als zu hoch empfunden werden;
- sich die Nutzungsbedingungen gleichzeitig verschlechtern (z. B. Bestände, Öffnungszeiten)
- wenn Bandgebühren erhoben werden

In der Erhebung wird außerdem festgestellt, dass Verwaltungsgebühren keinen nennenswerten Einfluss auf die Nutzung haben, selbst wenn diese drastisch erhöht werden. Gründe werden darin gesehen, dass diese Gebühren immer nur einen Teil der Nutzer betreffen, und die Nutzer selbst Einfluss darauf haben, ob sie die Gebühren zahlen müssen oder nicht.

Hinsichtlich der Auswirkungen verschiedener Gebührenarten auf die Nutzung sieht die Erhebung vor allem die Bandgebühr im Nachteil gegenüber der Pauschalgebühr. Diese Nachteile sind sowohl auf Bibliotheks- als auch auf Nutzerseite zu sehen:

- Die Bibliothek wird mit einem höheren Verwaltungsaufwand belastet, da für jedes Medium einzeln gezahlt werden muss;
- Der Ausleihvorgang dauert länger;
- Der Nutzer ist eingeschränkt bei der Auswahl der Medien, da die Kosten sich erhöhen, je mehr Medien er entleiht.

4.3 Fazit

Obwohl sämtliche Artikel älteren Datums sind, vor allem die Erhebungen hinsichtlich

der Auswirkungen auf die Nutzung, lassen sich Schlüsse ziehen, die auch heute noch relevant sind. Hinsichtlich der Auswirkungen lässt sich folgendes zusammenfassen:

- Unabhängig von empirischen Erhebungen bevorzugen unterschiedliche Gebührenmodelle unterschiedliche „Nutzertypen“. Es ist ein Gebührenmodell zu wählen, welches möglichst vielen Nutzern entgegenkommt, um die Abschreckung möglichst gering zu halten.
- Von Einzelgebühren auf Bücher oder Zeitschriften ist abzuraten, da diese wesentlich mehr Nachteile als Vorteile mit sich bringen – für Bibliothek und Nutzer: Die Kosten für die Erhebung sind höher und die Abschreckungswirkung ist größer als bei allen anderen Gebührenmodellen – nicht nur in der Theorie der verschiedenen Nutzertypen, sondern auch in der Empirie. Außerdem schränken Einzelgebühren die Nutzung ein. AV-Medien sind hiervon allerdings weniger betroffen.
- Mit fortschreitender Dauer der Gebührenerhebung ist ein Gewöhnungseffekt seitens der Nutzer festzustellen. Dies lässt sich an zwei Indikatoren belegen: In der Studie von 1993 wurden Zusammenhänge zwischen der Dauer der Gebührenerhebung und dem seitens der Bibliothek festgestellten Abschreckungseffekt hergestellt. Je länger die Gebühr bestand, desto geringer waren die festgestellten Auswirkungen. Dies gilt nur so lange, wie die Gebühren unverändert blieben. Erhöhungen haben offenbar einen ähnlichen Effekt wie die Einführung von Gebühren.

Eine Tatsache, die ebenfalls den Zusammenhang zwischen Dauer der Gebührenerhebung und Akzeptanz der Gebühren untermauert, ist der Vergleich der Studien von 1984 und 1993. Bis Anfang der 80er Jahre waren die meisten Bibliotheken frei von Benutzungsgebühren; 1984 waren Benutzungsgebühren also ungewohnt. Rund 84% der Bibliotheken berichteten damals über Nutzungsrückgänge infolge der Gebühreneinführung. Im Jahr 1993 lag die Zahl der Bibliotheken, die Rückgänge meldeten, nur noch bei rund 30%. Sicherlich mag es auch noch andere Gründe für diese Unterschiede geben; es scheint aber durchaus berechtigt anzunehmen, dass neun Jahre Zeit der Gewöhnung an den Umstand, dass Bibliotheken grundsätzlich die Möglichkeit haben Benutzungsgebühren zu erheben, sich positiv auf die Akzeptanz dessen auswirkten.

- Es gibt neben den Gebühren an sich auch andere Faktoren, die Einfluss auf Nutzungsänderungen haben. Hier sind insbesondere die Qualität des Gesamtangebotes der Bibliothek und die sozioökonomischen Rahmenbedingungen der jeweiligen Kommune zu nennen.

Bei der Gebührenerhebung an sich ist entscheidend, dass sie von den Nutzern als in der Höhe angemessen wahrgenommen wird, und dass auf eine sozialverträgliche Ausgestaltung geachtet wird.

5. Die Umfrage: Untersuchte Städte, ihre Bibliotheken und Gebührenmodelle

5.1 Die Städte

Für die Umfrage wurden die Leitungen der Bibliotheken und Büchereien in Dortmund, Düsseldorf, Bonn, Münster, Hamm, Witten und Hürth befragt.

Angelehnt an die Deutschen Bibliotheksstatistik lassen sich die untersuchten Städte drei Größenordnungen zuweisen:

- 50.000 -100.000 Einwohner: Hürth und Witten;
- 100.000 - 400.000 Einwohnern: Bonn, Hamm und Münster
- 400.000 Einwohnern und mehr: Düsseldorf und Dortmund

Die Auswahl der Städte stellt den Versuch dar, einen möglichst breiten Durchschnitt durch das Land Nordrhein-Westfalen zu realisieren, von der Größe über die sozialen Strukturen bis hin zur räumlichen Verteilung. Dieser nun folgende Abschnitt dient dazu, die im weiteren Verlauf der Bachelorarbeit erhobenen Daten und gewonnenen Erkenntnisse in den sozialen Kontext der jeweiligen Stadt einzuordnen, und sie im Lichte dieser Statistiken besser beurteilen und erklären zu können. Zur Charakterisierung der Städte dienen folgende Statistiken:

Die **Einwohnerzahlen** vom 31.12. 2008.

Die **Altersstruktur** vom 31.12. 2008: Dies meint die Verteilung der Einwohner auf verschiedene Altersgruppen. Der Altersdurchschnitt der sieben untersuchten Städte verteilt sich wie folgt:

	Durchschnitt
0 bis 17	16,5%
18 bis 29	15,1%
30 bis 49	30,7%
50 bis 64	18,1%
65 und mehr	19,7%

Das **verfügbare Jahreseinkommen** im Jahr 2007: Dies meint das Einkommen, welches den Haushalten für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung steht. Der Durchschnitt liegt bei 19.090,00€

Die **Arbeitslosenquote** des ersten Quartals 2010. Durchschnitt: 10,3%

Die **Armutsquote** im Jahr 2007: Diese ist dem sog. Armutsatlas entnommen, welcher den prozentualen Anteil der Einkommen ausweist, die lediglich 60% des Durchschnittseinkommens betragen. Die Grenze lag im Jahr 2007 bei 764 € im Monat. Die durchschnittliche Armutsquote liegt bei 14,7%

Die **kommunale Verschuldung** zum Stichtag 31.12.2008: Aus dieser errechnet sich die **Pro-Kopf-Verschuldung**, indem die Zahl durch die Einwohnerzahl dividiert wird. Letztere liegt im Durchschnitt bei 1.374,00€.

Eine tabellarische Übersicht der verschiedenen Städte und ihrer Indikatoren findet sich im Anhang.

5.1.1 Dortmund

Die ca. 584.000 Einwohner zählende Stadt Dortmund liegt im östlichen Ruhrgebiet. Sie gehört zu den beiden größten Städten dieses Vergleichs. Mit knapp 29% stellt die Altersgruppe der 30-49-jährigen den größten Anteil, gefolgt von der Altersgruppe der mehr als 65-jährigen mit 21%.⁵⁸ Im Vergleich zu den anderen untersuchten Städten lässt sich keine besondere Abweichung vom Durchschnitt feststellen.

Das durchschnittliche verfügbare Einkommen je Einwohner lag im Jahr 2007 bei 16.901 €. Damit liegt Dortmund an sechster Stelle unter den sieben in dieser Arbeit behandelten Städten und 3.000 € unter dem Durchschnitt. Nur in Hamm liegt das durchschnittliche Einkommen niedriger. Der Abstand zu den drei Kommunen mit den höchsten Einkommen liegt bei rund 4.000 €.⁵⁹

Der Armutsatlas konstatiert für den Raum Dortmund eine Armutsquote von 18%.⁶⁰ Somit liegt Dortmund in NRW an letzter Stelle und im negativen Sinne über dem Schnitt.

Die Arbeitslosenquote ist mit 14,9 % (1.Quartal 2010)⁶¹ die höchste aller in dieser Arbeit berücksichtigten Städte. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt Dortmund ist mit 1.584 € die dritthöchste in diesem Vergleich. Die Abstände der Pro-Kopf-Verschuldung zwischen den einzelnen Städten sind relativ ausgeglichen, d.h. der Abstand von Dortmund zur am höchsten verschuldeten Stadt steht in einem ausgeglichenen

⁵⁸ „Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Kommunalprofil Dortmund, krfr. Stadt“ (23.04.2010) <http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/105913.pdf> (23.04.2010)

⁵⁹ „Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in NRW 2004 bis 2007 : vorläufige Ergebnisse“ http://www.it.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2009/pdf/96_09.pdf (13.07.2010)

⁶⁰ „Internetauftritt des Paritätischen Gesamtverbandes : Forschungsstelle“ 23.04.2010. <http://www.forschung.paritaet.org/index.php?id=1444> (23.04.2010)

⁶¹ „Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Landesdatenbank NRW“ <http://www.it.nrw.de/statistik/s/index.html> (13.07.2010)

Verhältnis zum Abstand zur am geringsten verschuldeten Stadt. Als Fazit lässt sich ziehen, dass Dortmund die am schlechtesten situierte Stadt in diesem Vergleich ist – viele Werte übertreffen den Durchschnitt negativ.

5.1.2 Düsseldorf

Düsseldorf hatte im Jahr 2008 mit rund 584.000 Einwohnern eine ähnliche Größe wie Dortmund. Wie bei allen Städten stellt auch in Düsseldorf die Altersgruppe der 30 bis 49jährigen den größten Anteil, mit 32,7% ist er im Vergleich zu den anderen Städten in Düsseldorf allerdings am stärksten ausgeprägt. Die restlichen Altersgruppen zeigen keine nennenswerten Abweichungen vom Durchschnitt.⁶²

Das im Durchschnitt verfügbare Einkommen der Haushalte lag im Jahr 2007 bei 22.055,00 €.⁶³ Damit ist Düsseldorf die Stadt mit dem höchsten durchschnittlichen Jahreseinkommen, welches 3.000 € über dem Durchschnitt der sieben Städte liegt. Die Arbeitslosenquote ist mit 10,6% im ersten Quartal des Jahres 2010 die dritthöchste in diesem Vergleich; der Abstand zur geringsten Arbeitslosenquote von 7% ist allerdings geringer als der zur höchsten Quote von 14,9%.⁶⁴ Die Armutsquote liegt mit 13,6% im unteren Drittel.⁶⁵ Düsseldorf gilt als eine der wenigen schuldenfreien Großstädte Deutschlands. Mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 233 € gehört Düsseldorf in der Tat zu den mit Abstand am geringsten verschuldeten Städten in dieses Vergleichs. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt Witten, der Stadt mit der zweitgeringsten Pro-Kopf-Verschuldung, ist fast viermal so hoch.⁶⁶

5.1.3 Bonn

Mit rund 318.000 Einwohnern ist Bonn die drittgrößte Stadt in diesem Vergleich, wird aber zu den drei mittleren Städten gezählt. Bei der Altersstruktur ergibt sich ein relativ homogenes Bild, Ausreißer sind nicht auszumachen. Es gibt eine Tendenz zu einer jungen Einwohnerschaft, wobei die Werte, aus denen sich das schließen lässt, nur

⁶² „Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Kommunalprofil Düsseldorf, krfr. Stadt“ 30.04.2010
<http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/05111.pdf> (30.04.2010)

⁶³ „Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in NRW 2004 bis 2007 : vorläufige Ergebnisse“
http://www.it.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2009/pdf/96_09.pdf (05.05.2010)

⁶⁴ „Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Landesdatenbank NRW“
<http://www.it.nrw.de/statistik/s/index.html> (13.07.2010)

⁶⁵ „Internetauftritt des Paritätischen Gesamtverbandes : Forschungsstelle“ 05.05.2010.
<http://www.forschung.paritaet.org/index.php?id=1444> (05.05.2010)

⁶⁶ „Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Landesdatenbank NRW“
<http://www.it.nrw.de/statistik/s/index.html> (13.07.2010)

geringfügig über dem Durchschnitt liegen.⁶⁷ Das durchschnittliche Jahreseinkommen ist mit 19.736 € im oberen Drittel angesiedelt, nur in Düsseldorf und in Münster liegt es höher.⁶⁸ Auch die Arbeitslosenquote mit 8%⁶⁹ und die Armutsquote mit 12%⁷⁰ vermitteln den Eindruck einer wohlhabenden Stadt. Bei beiden Werten liegt Bonn nach Münster auf dem zweiten Platz und je 2% unter dem Schnitt. Mit 2.008 € Verschuldung pro Kopf⁷¹ ist Bonn nach Münster die zweithöchst verschuldete Stadt.

5.1.4 Münster

Münster gehört mit rund 274.000 Einwohnern zu den drei mittelgroßen Städten in diesem Vergleich. Im ländlich geprägten Münsterland ist sie die größte Stadt im Umkreis von rund 50 Kilometern. Bei der Altersstruktur fällt auf, dass Münster eine vergleichsweise „junge“ Stadt ist: mit einem Anteil von 18,5% ist es Spitzenreiter bei der Altersgruppe der 18 bis 29jährigen. Gleichzeitig weist die Statistik bei der Altersgruppe der 50-64jährigen mit 15,9% und der Altersgruppe der ab 65jährigen mit 17,8% die niedrigsten Werte aus.⁷²

Das in Münster verfügbare Jahreseinkommen im Jahr 2007 je Einwohner liegt bei 21.165,00 €.⁷³ Damit liegt Münster auf Rang zwei, knapp hinter Düsseldorf. Münster hat mit 7% (1.Quartal 2010)⁷⁴ die geringste Arbeitslosenquote aller Städte im Vergleich, gleichzeitig ist die Armutsquote mit 11,8%⁷⁵ ebenfalls die niedrigste. Vor allem wenn man die drei letzten Werte betrachtet, lässt sich feststellen, dass Münster zu den wohlhabendsten Städten gehört. Dies lässt sich nicht für den städtischen Haushalt sagen – mit einer Verschuldung von 724.679.000 € ist Münster umgerechnet auf die Einwohner (2.646,00€/Kopf) die am höchsten verschuldete Stadt.⁷⁶ (Stichtag 31.12.2008)

⁶⁷ „Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Kommunalprofil Bonn, krfr. Stadt“
<http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/105314.pdf> (13.07.2010)

⁶⁸ „Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in NRW 2004 bis 2007 : vorläufige Ergebnisse“
http://www.it.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2009/pdf/96_09.pdf (13.07.2010)

⁶⁹ „Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Landesdatenbank NRW“
<http://www.it.nrw.de/statistik/s/index.html> (13.07.2010)

⁷⁰ „Internetauftritt des Paritätischen Gesamtverbandes : Forschungsstelle“
<http://www.forschung.paritaet.org/index.php?id=1444> (13.07.2010)

⁷¹ „Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Landesdatenbank NRW“
<http://www.it.nrw.de/statistik/s/index.html> (13.07.2010)

⁷² „Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Kommunalprofil Münster, krfr. Stadt“ (05.05.2010)
<http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/105515.pdf>

⁷³ „Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in NRW 2004 bis 2007 : vorläufige Ergebnisse“
http://www.it.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2009/pdf/96_09.pdf (05.05.2010)

⁷⁴ „Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Landesdatenbank NRW“
<http://www.it.nrw.de/statistik/s/index.html> (13.07.2010)

⁷⁵ „Internetauftritt des Paritätischen Gesamtverbandes : Forschungsstelle“
<http://www.forschung.paritaet.org/index.php?id=1444> (05.05.2010)

⁷⁶ „Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Landesdatenbank NRW“
<http://www.it.nrw.de/statistik/s/index.html> (13.07.2010)

Wie auch in Bonn gibt es eine große Diskrepanz zwischen dem Wohlstand der Bürger und dem der städtischen Haushalte.

5.1.5 Hamm

Hamm liegt nordöstlich von Dortmund am Rande des Ruhrgebiets und hat rund 182.000 Einwohner. Die Altersstruktur ist weitestgehend unauffällig, allerdings ist der Bevölkerungsanteil der 0-17jährigen mit 18,5% der höchste aller Städte im Vergleich.⁷⁷ Der Abstand zu Düsseldorf, der Stadt, in der der Anteil der 0-17jährigen am geringsten ausfällt, ist mit 3,5% allerdings nicht so hoch. Es kann daher nicht von extremen Abweichungen gesprochen werden. Das verfügbare Jahreseinkommen im Jahr 2007 betrug 15.690 €.⁷⁸ Damit ist Hamm Schlusslicht. Der Abstand zum Spitzenreiter Düsseldorf beträgt gut 6.000 €. Der Abstand zur Nachbarstadt Dortmund, welche am zweitschlechtesten abschneidet, über 1.000 €. Damit bewegt Hamm sich mit 4.000 € stark unter dem Schnitt. Die Armutsquote liegt, wie auch in Dortmund, bei 18%.⁷⁹ Es muss ergänzt werden, dass zur Berechnung dieser Quote Hamm zum Großraum Dortmund gezählt wird, und somit keine Differenzierung stattfindet.

Die Arbeitslosenquote ist mit 12,3% die zweithöchste im Vergleich,⁸⁰ lediglich in Dortmund ist sie höher. Die kommunale Verschuldung lag Ende 2008 bei 245.913.000 €, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1.348 € entspricht.⁸¹ Hier liegt Hamm im Durchschnitt.

5.1.6 Witten

Die Ruhrgebietsstadt Witten gehört mit 99.126 Einwohnern zu den kleineren Städten in dieser Arbeit. Bei der Altersstruktur ist festzustellen, dass Witten zu den „ältesten“ Städten zählt: Mit 12,7% ist der Anteil der 18-29jährigen so gering wie in keiner anderen Stadt dieses Vergleichs: er liegt über 2% unter dem Durchschnitt. Auch bei den 30-49jährigen liegt Witten mit einem Anteil von 28,8% hinten. Dafür ist der Anteil

⁷⁷ Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Kommunalprofil Hamm, krfr. Stadt

<http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/105915.pdf> (05.05.2010)

⁷⁸ „Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in NRW 2004 bis 2007 : vorläufige Ergebnisse“

http://www.it.nrw.de/presse/pressemittelungen/2009/pdf/96_09.pdf (05.05.2010)

⁷⁹ „Internetauftritt des Paritätischen Gesamtverbandes : Forschungsstelle“

<http://www.forschung.paritaet.org/index.php?id=1444> (05.05.2010)

⁸⁰ „Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Landesdatenbank NRW“

<http://www.it.nrw.de/statistik/b/index.html> (13.07.2010)

⁸¹ „Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Landesdatenbank NRW“

<http://www.it.nrw.de/statistik/s/index.html> (13.07.2010)

der 50-64jährigen und darüber liegenden mit 19,9 und 22,1% so hoch wie in keiner anderen Stadt.⁸² Das durchschnittliche Jahreseinkommen pro Kopf liegt mit 19.204 € im Mittelfeld, genau wie die Arbeitslosenquote mit 10,1% (Juni 2010)⁸³. Hinsichtlich der Armutsquote liegt Witten mit 15,8% im oberen Drittel.⁸⁴ Witten wird in der Raumordnungsregion Duisburg/Essen erfasst; konkrete Daten ausschließlich für Witten liegen nicht vor. Die Kommunale Verschuldung ist mit 882 € pro Kopf verhältnismäßig gering, nur Düsseldorf ist unter den verglichenen Städten geringer verschuldet.

5.1.7 Hürth

Hürth liegt wenige Kilometer südlich von Köln und ist mit rund 57.000 Einwohnern die kleinste der hier verglichenen Städte. Die Altersstruktur weist keine nennenswerten Abweichungen vom Durchschnitt auf.⁸⁵ Beim verfügbaren Jahreseinkommen pro Einwohner im Jahr 2007 liegt Hürth mit 18.882 €⁸⁶ im unteren Mittelfeld auf dem 5. Platz. Die Arbeitslosenquote im Rhein-Erftkreis lag im ersten Quartal 2010 bei 9,2%, womit dieser im oberen Drittel rangiert.⁸⁷ Eine Quote nur für Hürth lag nicht vor. Auch bei der Armutsquote ist die Differenzierung nicht ausgeprägt, Hürth wird zusammen mit Köln erfasst und liegt somit bei 13,4%.⁸⁸ Der Abstand zur höchsten Armutsquote von 18% ist jedoch weitaus größer als der zur geringsten Quote mit 11,8%. Damit liegt Hürth im oberen Drittel. Die Verschuldung des städtischen Haushaltes liegt bei 52.187.000 €,⁸⁹ was einer Pro-Kopf-Verschuldung von 916,00€ entspricht. Hier liegt Hürth auf dem dritten Rang.

5.2 Die Bibliotheken

In den folgenden Kapiteln werden die Bibliotheken mithilfe des Indikatorenrasters der Deutschen Bibliotheksstatistik näher charakterisiert (Tabellen 3, 5 und 7). Hiermit ist es

⁸² „Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Kommunalprofil Witten, Stadt“
<http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/105954036.pdf> (13.07.2010)

⁸³ „Internetauftritt der Ruhr-Nachrichten“:

<http://www.ruhrnachrichten.de/lokales/witten/Weniger-Arbeitslose-im-Juni:art939,953365> (13.07.2010)

⁸⁴ „Internetauftritt des Paritätischen Gesamtverbandes : Forschungsstelle“

<http://www.forschung.paritaet.org/index.php?id=1444> (13.07.2010)

⁸⁵ „Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Kommunalprofil Hürth, Stadt“

<http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/105362028.pdf>

⁸⁶ „Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in NRW 2004 bis 2007 : vorläufige Ergebnisse“ 05.05.2010.

http://www.it.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2009/pdf/96_09.pdf (05.05.2010)

⁸⁷ „Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Landesdatenbank NRW“

<http://www.it.nrw.de/statistik/s/index.html> (13.07.2010)

⁸⁸ „Internetauftritt des Paritätischen Gesamtverbandes : Forschungsstelle“ 05.05.2010.

<http://www.forschung.paritaet.org/index.php?id=1444> (05.05.2010)

⁸⁹ „Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Landesdatenbank NRW“

<http://www.it.nrw.de/statistik/s/index.html> (13.07.2010)

möglich, die in dieser Arbeit berücksichtigten Bibliotheken anhand verschiedener Indikatoren zum einen untereinander, und zum anderen mit den an der Bibliotheksstatistik teilnehmenden Bibliotheken der entsprechenden Größeklasse zu vergleichen. Die zu untersuchenden Bibliotheken werden in die Spalten A bis F eingetragen. Die Spalten 5%-95% stellen alle teilnehmenden Bibliotheken in der Größeklasse dar. Zur Verständlichkeit folgt ein Beispiel, wie das Raster zu lesen ist: Im Indikatorenraster der Größeklasse über 400.000 EW steht in der Spalte 75% der Wert 1,81 in der Zeile Medien/EW (Medien pro Einwohner). Dies bedeutet, dass 75% der Bibliotheken dieser Größeklasse weniger als 1,79 ME/EW und 25% mehr.

Die Werte der untersuchten Bibliotheken sind aus dem Berichtsjahr 2009. Eine Ausnahme bilden hier die Stadtbüchereien Hamm: hier lagen nur die Zahlen von 2008 vor. Da zum jetzigen Zeitpunkt (Juli 2010) noch kein aktuelleres Raster zur Verfügung stand, sind die Werte in das Raster für das Berichtsjahr 2007/08 eingetragen.



Viele Städte bieten sozial benachteiligten Gruppen Ausweise an, mit denen sie städtische Einrichtungen vergünstigt nutzen können. Die Voraussetzungen, mit denen man einen solchen Ausweis bekommen kann, werden im Anhang erläutert.

5.2.1 Stadt- und Landesbibliothek Dortmund und Stadtbüchereien Düsseldorf

Die Stadt- und Landesbibliothek Dortmund ist mit einem Gesamtbestand von 1.076.599 Medien die Bibliothek mit dem größten Bestand in dieser Arbeit. Die Vergleichsbibliothek Düsseldorf verfügt über 813.685 Medien. Die Stadt- und Landesbibliothek verfügt über 11 Standorte, die Stadtbüchereien Düsseldorf über 16.⁹⁰ Der Bibliothek in Dortmund sind außerdem noch das Institut für Zeitungsforschung und das Fritz-Hüser-Institut zugeordnet. Außerdem werden eine Handschriftenabteilung und eine Artothek unterhalten.

⁹⁰ „Internetauftritt der DBS – Deutsche Bibliotheksstatistik: Variable Auswertung“
<http://www.bibliotheksstatistik.de/eingabe/dynrep/index.php> (21.07.2010)

Tab.3:

 INDIKATORENRASTER Stadtbüchereien Düsseldorf und Stadt- und Landesbibliothek Dortmund Größenklasse: über 400.000 EW - Berichtsjahr: 2007 / 2008 													
		A	5%	B	25%	C	50%	D	75%	E	95%	F	gültige Werte
Service	Medien / EW		0,93		1,14	D: 1,39	1,48		1,81	DO: 1,9	2,38		14
	Erneuerungsquote (Zugang / Bestand in Prozent)	DO: 2,67	4,9		7,5		9,0	D: 9,51	10,1		13,5		14
	Neuerwerbungen: ME / EW	DO: 0,05	0,07		0,11		0,13	D: 0,13	0,15		0,18		14
	Veranstaltungen / 1000 EW		1,2	D: 1,58	2,3	DO: 2,65	3,1		3,5		7,4		14
	Jahresöffnungszeiten / 1000 EW		19,0	DO: 20,28	26,3	D: 29,26	32,7		48,1		59,8		14
	Publikumsfläche / 1.000 EW (qm)		15,16		18,50		21,71	DO: 23,36	25,07		36,97	D: 37,01	14
	Computerplätze/1000 EW		0,0		0,10	DO: 0,1	0,14	D: 0,18	0,26		0,33		14
Nutzung	Anteil aktive Entleiher an EW		6,9%		7,9%		8,5%	DO: 8%	11,1%		14,0%		11
	Besuche / EW	DO: 1,3	1,5		1,8		2,3	D: 2,4	3,0		3,7		14
	Umschlag (Entleihungen / ME)	DO: 1,99	2,3		3,3		4,2		5,4	D: 5,94	7,1		13
	Entleihungen / EW		3,4	DO: 3,72	5,5		6,6		7,7	D: 8,23	10,1		13
	Recherchen / EW		0,24	DO: 0,36	0,37	D: 0,42	0,45		0,54		0,63		10
Personal	Mitarbeiter (VZÄ) / 1000 EW		0,16	DO: 0,18	0,22		0,24	D: 0,24	0,29		0,37		14
	1000 Entleihungen / MA (VZÄ)		16,0		19,8		26,8	DO: 20,83	32,8	D: 34,66	34,7		13
	Jahresöffnungszeiten / MA (VZÄ)		110,9	DO: 113,53	118,6	D: 123,17	141,1		153,9		189,5		14
	Fortbildungsstunden / MA (VZÄ)		10,17		11,80		17,30		22,48		31,52		12
Finanzen	Laufende Ausgaben / Besuch (€)		5,73		6,38		7,00		8,09	D: 8,47 DO: 13,13	13,67		14
	Laufende Ausgaben / EW (€)		12,77		15,13	DO: 17,04	18,54	D: 20,35	22,44		25,22		14
	Erwerbungsausgaben / EW (€)		1,07	DO: 1,19	1,32		1,56		1,73		2,21	D: 2,34	14
	Anteil Personalausgaben / Gesamtkosten		44%	DO: 52%	55%	D: 58%	59%		67%		70%		14
	erwirtsch. Mittel + Fremdmittel / Gesamtausgaben		5,1%	DO: 6%	6,9%	D: 7%	8,2%		10,4%		15,8%		14
14 Bibliotheken in dieser Größenklasse													
Copyright © 2009 hbz.													

Quelle: „Internetauftritt der DBS“: <http://www.bibliotheksstatistik.de/eingabe/dynrep/index.php> (21.07.2010)

Es fällt auf, dass die Stadt- und Landesbibliothek in Schnitt schlechter aufgestellt ist als die Stadtbüchereien Düsseldorf. Der geringe Umschlag und die schlechte Erneuerungsquote in Dortmund korrespondieren mit der überdurchschnittlichen Bestandsgröße. Insgesamt muss dieser Vergleich auch im Lichte der unterschiedlichen Merkmale der beiden Städte betrachtet werden: Düsseldorf ist schuldenfrei – lt. dem Leiter der Stadtbüchereien sind die Schulden so angelegt, dass die Zinserträge höher sind als die Zinsen, die die Stadt für die Schulden zahlen muss. Dortmund hingegen ist stark verschuldet. (siehe Kap. 5.1.1 und 5.1.2) Letzteres erklärt die schlechte Erneuerungsquote und die geringe Anzahl Neuerwerbungen pro Einwohner.

Auch bei allen anderen städtischen Indikatoren herrschen zwischen den beiden Städten große Gegensätze, was sich offensichtlich auch auf die Bibliotheken auswirkt.

Entgelte in der Stadt- und Landesbibliothek Dortmund und den Stadtbüchereien Düsseldorf

Die **Stadt- und Landesbibliothek Dortmund** hat sich für eine privatrechtliche Ausgestaltung des Nutzungsverhältnisses entschieden, und erhebt somit Entgelte. Aufgrund der komplexen Struktur der Einrichtung mit den verschiedenen Instituten und Abteilungen ist die Entgeltordnung auch entsprechend komplex. Um den Rahmen nicht zu sprengen, werden in Tab. 4 nur die Entgelte für die „regulären“ Bibliotheksangebote aufgeführt, d.h. für die Nutzung der Medienbestände und besondere Dienstleistungen. Die vollständige Entgeltordnung ist dem Anhang auf CD beigelegt.

Der Nutzer hat die Wahl zwischen einem zwölfmonatigen Jahresentgelt und einem einmaligen Ausleihentgelt. Für AV-Medien werden pro Ausleihe separate Entgelte erhoben. Es gibt Vergünstigungen für Inhaber eines Dortmund-Passes, einer Jugendleitercard und für bestimmte Nutzergruppen.

Die Leihfristen betragen 4 Wochen für Bücher, Spiele, Karten, Noten und DVD-Boxen mit mehr als 5 Spielfilmen und 2 Wochen für CDs, MCs, CD-ROMs, Sach-DVDs, populäre Zeitschriften und DVD-Spielfilme.

Die **Stadtbüchereien Düsseldorf** erheben ebenfalls Entgelte. (Tab. 4) Das Entgeltmodell ist verhältnismäßig einfach ausgestaltet: Es werden lediglich Jahresentgelte erhoben, eine Alternative gibt es nicht. Dieses Jahresentgelt umfasst auch die kostenlose Ausleihe von AV-Medien. Für Inhaber eines Düssel-Passes entfällt das Entgelt.

Die Leihfristen betragen für Bücher, Medienpakete, Audiokassetten, Literatur-CDs, Sach-CDs, CD-ROMs, Spiele und DVDs (mit entsprechender Kennzeichnung) 28 Kalendertage, für Musik-CDs 14 Kalendertage und für DVDs 7 Kalendertage.

Tab.4: Entgelte in Dortmund und Düsseldorf im Vergleich

	StuLB Dortmund	StB Düsseldorf
Benutzungsentgelte		
Jahresentgelt	20,00 €	13,00 €
Einzelentgelte	DVDs: 1,50 €; DVD-Boxen mit mehr als 5 Spielfilmen: 3,00 € Bestsellerservice: 2,00 € Konsolenspiele: 2,00 €	im Jahresentgelt enthalten



Einmalige Ausleihe	6,00 €	-
Internetnutzung	1,00 € /30 Min.; für Kunden 45 Min. kostenlos	1,50 € /Stunde
Ermäßigungen	Mit, Jugendleittercard, Dortmund-Pass, oder als Schüler, Student, Wehr- oder Zivildienstleistender: 10,00 €	Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre, Düssel-Pass-Inhaber: frei
Verwaltungsentgelte		
Vorbestellungen/ME	1,00 €, AV-Medien: 1,50 €	1,00 €
Leihverkehr	1,50 €/Medium	1,50 €/Bestellung
Verlängerungen	telefonisch, schriftlich (auch per Mail): 1,00 € Online: frei	frei
Ersatzausweis	3,00 €	Erwachsene: 13,00 € Nutzer bis 18 Jahren: 2,50 €
Mahn-/Säumnisentgelte		
Versäumnisentgelte	Medien außer DVDs, Bestseller, Konsolenspiele: Erwachsene und Nutzer ab 12 Jahren: 1,00 €/ME/10Tage Dies erhöht sich nach je 10 Tagen um je einen weiteren €. Kinder bis 11 Jahre: Jeweils die Hälfte (0,50 €) DVDs: gleiches Prinzip, nur jeweils 5,00 € für ab 12jährige bzw. 2,50 € für Kinder. Konsolenspiele und Bestseller: gleiches Prinzip, nur je 3,00 € für ab 12jährige und 1,50 € für Kinder	je Medium (Buch, CD-Box, DVD-Box) je angefangene Woche: 1,00 €
Mahnentgelte	3 € für je 30 Tage ab Rechnungsdatum	keine separaten Mahnentgelte

Quellen: Entgeltordnung der Stadtbüchereien Düsseldorf, Stand: 1.April 2007; Entgeltordnung für die Bibliotheken der Stadt Dortmund, Stand: 01.01.2010

5.2.2 Stadtbibliothek Bonn, Stadtbücherei Münster und Stadtbüchereien Hamm

Die Stadtbibliothek Bonn und die Stadtbücherei Münster haben mit 320.251 und 332.920 Medien im Berichtsjahr 2009 einen in etwa gleich großen Bestand. Die Stadtbüchereien Hamm verfügen über 233.298 Medien (Berichtsjahr 2008).⁹¹ Die DBS weist außerdem 10 Standorte der Stadtbibliothek Bonn, 7 Standorte der Stadtbücherei Münster und 6 Standorte der Stadtbüchereien Hamm aus.

Tab.5:

 INDIKATORENRASTER Stadtbibliothek Bonn, Stadtbücherei Münster, Stadtbüchereien Hamm Größenklasse: 100.000 bis 400.000 EW - Berichtsjahr: 2007 / 2008 													
		A	5%	B	25%	C	50%	D	75%	E	95%	F	gültige Werte
Service	Medien / EW		0,10		0,98	BN: 1,01 MS: 1,22 HAM: 1,3	1,31		1,64		2,58		78
	Erneuerungsquote (Zugang / Bestand in Prozent)		3,6		6,3		8,5		10,1	BN: 10,83 MS: 10,39 HAM: 12,71	14,1		78
	Neuerwerbungen: ME / EW		0,01		0,07		0,11	BN: 0,11 MS: 0,13	0,15	HAM: 0,17	0,19		78
	Veranstaltungen / 1000 EW		0,4		1,1	MS: 2,27	2,3	BN: 2,67	3,1	HAM: 3,16	5,5		78
	Jahresöffnungszeiten / 1000 EW		3,0		15,7	MS: 33,01	33,1	BN: 35,29 HAM: 36,97	39,8		55,9		77
	Publikumsfläche / 1.000 EW (qm)		1,26	HAM: 12,09	12,43	MS: 19,41	22,68	BN: 26,83	27,13		0,36		78
	Computerplätze/1000 EW		0,0		0,1	BN: 0,12	0,16	HAM: 0,16	0,22	MS: 0,27	39,8		72
Nutzung	Anteil aktive Entleiher an EW		0,7%		5,6%		9,1%	BN: 10% HAM: 11%	12,4%	MS: 13%	16,7%		75
	Besuche / EW		0,2		1,1		2,0	BN: 2,4 HAM: 2,20	2,7	MS: 3,55	4,2		70
	Umschlag (Entleihungen / ME)		1,7		2,7		3,6	HAM: 4,52	5,1	BN: 5,29 MS: 5,51	6,7		78
	Entleihungen / EW		0,4		3,4		5,0	BN: 5,33 MS: 6,70 HAM: 5,89	6,74		9,3		78
	Recherchen / EW		0,00		0,00	HAM: 0,17	0,27	BN: 0,28	0,39		0,50		42
Personal	Mitarbeiter (VZÄ) / 1000 EW		0,02		0,15	BN: 0,17	0,20	MS: 0,23 HAM: 0,21	0,24		0,31		76
	1000 Entleihungen / MA (VZÄ)		16,3		19,6		25,0	BN: 31,37 MS: 28,84 HAM: 27,47	33,0		45,7		75
	Jahresöffnungszeiten / MA (VZÄ)		84,1		124,5	MS: 142,04	154,2	HAM: 172,54	180,2	BN: 207,78	269,2		75
	Fortbildungsstunden / MA (VZÄ)		2,37		7,69		14,87	BN: 18,22 HAM: 17,20	22,21	MS: 24,29	38,81		68
Finanzen	Laufende Ausgaben / Besuch (€)		3,78	MS: 4,35	4,69	BN: 5,12 HAM: 5,53	6,77		8,30		14,60		69
	Laufende Ausgaben / EW (€)		0,89		10,22	BN: 12,29 HAM: 12,16	13,52	MS: 15,45	15,59		21,37		77
	Erwerbungsausgaben / EW (€)		0,33		0,86	BN: 1,27	1,33		1,61	MS: 1,64 HAM: 1,85	2,52		78
	Anteil Personalausgaben / Gesamtkosten		47%		58%	BN: 64%	65%		78%	MS: 79% HAM: 79%	83%		76
	erwirtsch. Mittel + Fremdmittel / Gesamtausgaben		4,6%		7,9%		9,4%	BN: 11%	12,5%	MS: 21% HAM: 18%	26,7%		65
78 Bibliotheken in dieser Größenklasse													
Copyright © 2009 hbz.													

Quelle: „Internetauftritt der DBS“: <http://www.bibliotheksstatistik.de/ingabe/dynrep/index.php> (21.07.2010)

⁹¹ DBS – Deutsche Bibliotheksstatistik: Variable Auswertung
<http://www.bibliotheksstatistik.de/ingabe/dynrep/index.php> (21.07.2010)

Beim Vergleich Bibliotheksindikatoren der drei Städte ergibt sich ein relativ ausgewogenes Bild (Tab. 5). Dies überrascht angesichts der großen Unterschiede hinsichtlich der städtischen Indikatoren zwischen Bonn und Münster auf der einen, und Hamm auf der anderen Seite: Vor allem hinsichtlich der Arbeitslosenquote und der Armutsquote steht Hamm ungleich schlechter da (siehe Kap. 5.1.5). Offensichtlich hat dies keine negativen Auswirkungen auf die Stadtbüchereien. Es sei an dieser Stelle noch einmal darauf hingewiesen, dass die Zahlen der Stadtbüchereien Hamm aus dem Berichtsjahr 2008, die der anderen Bibliotheken aus dem Jahr 2009 stammen.

Gebühren in der Stadtbibliothek Bonn, der Stadtbücherei Münster und den Stadtbüchereien Hamm

Die **Stadtbibliothek Bonn** erhebt Gebühren (Tab. 6). Sie bietet ihren Nutzern die Wahlmöglichkeit zwischen einer pauschalen Jahresgebühr und einer Gebühr pro entlehnte Medieneinheit. Es wird desweiteren differenziert zwischen einer umfassenden Jahresgebühr für alle Arten von Medien, und einer Jahresgebühr für alles außer Videos, DVDs und Computerspiele. Auch die Einzelgebühren für die genannten Mediengruppen unterscheiden sich in ihrer Höhe. Für Inhaber eines Bonn-Ausweises werden ermäßigte Gebühren erhoben. Die Höhe des Nachlasses wird in den Statuten des Bonn-Ausweises geregelt. Wer berechtigt ist den Bonn-Ausweis zu führen, ergibt sich aus der Berechtigung zur Inanspruchnahme sonstiger staatlicher Zuwendungen. Auch Schüler und Studenten können einen Bonn-Ausweis beantragen. Es gibt keine grundsätzliche Ermäßigung für Kinder und Jugendliche, dafür sind alle Kinder- und Jugendmedien für jeden kostenfrei zu entleihen.

Die Leihfristen betragen

- vier Öffnungstage für Videos, Musik-CDs, DVDs (außer Musikbibliothek);
- acht Öffnungstage für Zeitschriften, Spiele, CD-ROMs, Comics / Cartoons, Kinderkassetten, Kinder-CDs, Musikkassetten, CDs in der Musikbibliothek;
- 16 Öffnungstage für Bücher, Noten, Sprachkurse, Literaturkassetten und Literatur-CDs für Erwachsene.⁹²

Die **Stadtbücherei Münster** erhebt Gebühren (Tab.6). Der Nutzer hat die Wahl zwischen Jahresgebühren und Quartalsgebühren. Für DVDs und neuere CDs (nicht älter als drei Jahre) werden gesonderte Gebühren erhoben. Außerdem gibt es ein Kennenlernangebot, was die Anmeldegebühr und die zeitlich begrenzte Nutzung umfasst. Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre können kostenlos entleihen, abgesehen

⁹² Internetauftritt der Stadtbibliothek Bonn
http://www.bonn.de/familie_gesellschaft_bildung_soziales/stadtbibliothek/service/00467/index.html?lang=de
(19.07.2010)

davon gibt es keine Ermäßigungen. Es gelten folgende Leihfristen: Bücher, Noten, Sprachlehrprogramme, Spiele und Karten: vier Wochen; Zeitschriften und alle übrigen Medien: zwei Wochen

Die **Stadtbüchereien Hamm** erheben ebenfalls Gebühren (Tab. 6). Der Nutzer hat die Wahl zwischen einer Jahresgebühr und einem Tagesausweis. Für AV-Medien werden gesonderte Gebühren pro Medium erhoben. Außerdem wird ein Bestseller-Service für verschiedene Medienarten angeboten. Es gibt ermäßigte Tarife für bestimmte Nutzerkreise.

Es gibt folgende Leihfristen:

- vier Wochen: Bücher, Bestseller Romane, Brettspiele, digitale Sachmedien;
- zwei Wochen: Zeitschriften, Audiokassetten, digitale Kindermedien, Hörbücher, PC- und Videospiele, Bestseller Hörbücher, Bestseller PC- und Videospiele;
- eine Woche: Musik-CDs, Kinder- und Spielfilme, Bestseller Pop-CDs, Bestseller Spielfilme.⁹³

Tab.6: Benutzungsgebühren in Bonn, Münster und Hamm im Vergleich

	StB Bonn	StB Münster	StB Hamm
Benutzungsgebühren			
Jahresgebühren	incl. DVDs, CR-Spiele: 30,00 € ohne DVDs, CR-Spiele: 15,00 €	18,00 €	10,00 €
Sonstige Pauschalgebühren		Quartalsgebühr: 5,00 €	Tagesausweis: 2,00 € Familiengebühr: 15,00 €
Einzelgebühren	Als Alternative zu den Jahresgebühren: DVDs, CR-Spiele: 1,00 €; andere Medien: 0,50 €	DVDs, CDs, die höchstens 3 Jahre alt sind: 1,00 €	CDs, e-Audio, E-Book: 0,50 € DVDs, e-Videos, CD-ROMs: 1,00 € Bestsellerservices: Romane: 2,00 € Pop-CDs, Hörbücher: 2,50 €

⁹³ Internetauftritt der Stadtbüchereien Hamm
http://www.hamm.de/2767_4302.html (19.07.2010)

			Spielfilme, PC- und Videospiele: 3,00 €
Internetnutzung	0,03 €/Minute Internet Chip-Speicherkarte: 2,00 €	0,50 €/30 Minuten	0,50 €/30 Minuten
Ermäßigungen	50% der Jahres- und Einzelgebühren für Inhaber des Bonn-Ausweises; Kinder- und Jugendmedien sind kostenlos	Nutzer bis 18 Jahren: keine Jahresgebühr	Ermäßigte Jahresgebühr: 6,00 € (Details siehe Anhang)
Verwaltungsgebühren			
Vorbestellungen/ME	1,00 €	2,00 €	1,00 €
Leihverkehr	2,50 €/ME	3,00 €/ME	1,50 €/ME
Verlängerungen	Bei Jahreskarte kostenlos, ansonsten fallen Einzelgebühren erneut an	Einzelgebühren müssen pro Verlängerung erneut gezahlt werden	Einzelgebühren müssen pro Verlängerung erneut gezahlt werden
Ausweiserstellung	Erstausstellung: frei Ersatzausweis: 5,20 €, Nutzer bis 18 Jahre: 2,60 €	Erstausstellung: 3,00 €, 1. Ersatzausweis: 3,00 €, jeder weitere: 5,00 €, Nutzer bis 18 J.: 4,00 €	Erstausstellung: frei Ersatzausweis: 6,00 €
Mahn- und Säumnisgebühren			
Versäumnisgebühr	Nutzer bis 18: 0,50 €/ME/Tag Nutzer ab 18: 1,00 €/ME/Tag	Nutzer bis 18: 1,00 €/ME/angef. Woche Nutzer ab 18: 2,00 €/ME/angef. Woche	1,00 €/ME/angef. Woche
Mahngebühr	Nutzer bis 18: 0,50 €/Mahnung Nutzer ab 18:		Portokosten+ Ausleihgebühren, evtl. Kosten für

	0,50 €/Mahnung		Einschreiben
--	----------------	--	--------------

Quellen: Satzung der Stadtbibliothek Bonn (Stand: 01.01.2003); Benutzungs- und Gebührenordnung für die Stadtbücherei Münster (Stand: 10.12.2008); 1. Änderungssatzung vom 19.9.2007 zur Benutzungs- und Gebührenordnung für die Stadtbüchereien Hamm vom 13.12.2001; Internetseiten der Stadtbüchereien Hamm http://www.hamm.de/2767_4302.html (17.07.2010)

5.2.3 Stadtbücherei Witten und Stadtbücherei Hürth

Die Stadtbücherei Witten hat mit 181.251 Medien gegenüber 46.902 Medien in Hürth einen mehr als viermal so großen Bestand. Dies liegt vor allem daran, dass die Stadt Hürth mit rund 56.000 Einwohnern am unteren Ende des Spektrums von 50.000-100.000 Einwohnern angesiedelt ist, die Stadt Witten mit rund 99.000 Einwohnern am oberen Ende.

Tab.7:

		INDIKATORENRASTER Stadtbücherei Witten & Stadtbücherei Hürth												
		Größenklasse: 50.000 bis 100.000 EW - Berichtsjahr: 2007 / 2008												
		A	5%	B	25%	C	50%	D	75%	E	95%	F	gültige Werte	
Service	Medien / EW		0,53	HÜ: 0,82	0,96		1,37		1,79	WI: 1,82	2,42		108	
	Erneuerungsquote (Zugang / Bestand in Prozent)	WI: 3,64	4,4		7,1	HÜ: 8,04	8,6		10,2		13,1		108	
	Neuerwerbungen: ME / EW		0,04	WI: 0,07 HÜ: 0,07	0,08		0,12		0,15		0,24		108	
	Veranstaltungen / 1000 EW		0,5	HÜ: 0,86	1,3	WI: 1,85	2,2		3,3		5,2		108	
	Jahresöffnungsstunden / 1000 EW		15,5	HÜ: 21,52	23,2		28,9		40,0	WI: 43,33	67,7		107	
	Publikumsfläche / 1.000 EW (qm)		6,50	HÜ: 13,34	13,64		21,93		30,26		42,15		108	
	Computerplätze/1000 EW		0,0	HÜ: 0,07	0,07	WI: 0,12	0,14		0,2		0,3		108	
Nutzung	Anteil aktive Entleiher an EW		3,5%		7,2%	HÜ: 8%	9,3%	WI: 10%	13,3%		18,7%		108	
	Besuche / EW		0,6	HÜ: 0,93	1,3		1,9		2,7		4,1		94	
	Umschlag (Entleihungen / ME)		2,0		3,0		3,6	WI: 3,65 HÜ: 3,65	4,7		6,0		108	
	Entleihungen / EW		1,3	WI: 3 HÜ: 3	3,4		4,7		7,4		11,0		108	
	Recherchen / EW		0,04		0,11		0,18		0,31		0,49		48	
Personal	Mitarbeiter (VZÄ) / 1000 EW		0,07	HÜ: 0,09	0,12	WI: 0,17	0,17		0,24		0,31		107	
	1000 Entleihungen / MA (VZÄ)		16,3	WI: 20	24,2		29,0		36,3		49,3		107	
	Jahresöffnungsstunden / MA (VZÄ)		94,4		141,6		186,9		243,0	WI: 256,52 HÜ: 245,20	398,4		105	
	Fortbildungsstunden / MA (VZÄ)		0,97		8,02	HÜ: 8,8	12,73		22,07		44,58		91	

Finanzen	Laufende Ausgaben / Besuch (€)		3,39		4,87	HÜ: 5,56	5,92		7,47		10,70		94
	Laufende Ausgaben / EIW (€)		3,65	HÜ: 5,18	7,89		11,09	WI: 14,26	15,74		23,90		108
	Erwerbungsausgaben / EIW (€)		0,47	HÜ: 0,60	0,89	WI: 0,89	1,26		1,75		3,12		108
	Anteil Personalausgaben / Gesamtkosten		43%		55%		63%	WI: 68% HÜ: 72%	75%		83%		108
	erwirtsch. Mittel + Fremdmittel / Gesamtausgaben		4,4%	WI: 7% HÜ: 7%	7,1%		9,7%		13,6%		34,5%		107
108 Bibliotheken in dieser Größenklasse													
Copyright © 2009 hzb.													

Quelle: „Internetauftritt der DBS“: <http://www.bibliotheksstatistik.de/eingabe/dynrep/index.php> (21.07.2010)

Diese recht unterschiedliche Größenordnung spiegelt sich auch in der Anzahl der Einrichtungen wieder: Witten verfügt über fünf Standorte, Hürth über einen. Die Unterschiede wirken sich ebenfalls im Indikatorenraster aus (Tab. 7). Dies sollte berücksichtigt werden, wenn der Schluss gezogen wird, dass die Stadtbücherei Witten insgesamt besser aufgestellt ist als die Stadtbücherei Hürth.

Entgelte in der Stadtbücherei Witten und Gebühren in der Stadtbücherei Hürth

Die **Stadtbücherei Witten** erhebt privatrechtliche Entgelte (Tab. 8). Der Nutzer hat die Wahl zwischen einem Jahresentgelt und einem Tagesausweis. Die Nutzung für Minderjährige ist frei, die für bestimmte Nutzergruppen ermäßigt. Für die Ausleihe von AV-Medien werden zusätzliche Einzelgebühren erhoben. Die Leihfristen für Bücher, Hörbücher, Kinderkassetten und Kinder-CDs beträgt 24 Öffnungstage. Alle anderen Medien können für 12 Öffnungstage entliehen werden.

Die **Stadtbücherei Hürth** erhebt Gebühren (Tab. 8). Zu den Jahresgebühren gibt es keine Alternative. Die Nutzung für Minderjährige und Hürth-Pass-Inhaber ist frei. Die Internetnutzung ist ebenfalls kostenlos. Die Jahresgebühr umfasst die Ausleihe sämtlicher Medien. Die Leihfrist Bücher beträgt vier Wochen, die für Zeitschriften, DVDs, Musik-CDs, CD-ROMs, und Hörspielkassetten zwei Wochen.

Tab.8: Gebühren und Entgelte in Witten und Hürth im Vergleich

	Stadtbücherei Witten	Stadtbücherei Hürth
Benutzungsgebühren		
Jahresgebühren/entgelte	15,00 €	20,00 €
Sonstige Pauschalgebühren/entgelte	Tagesausweis: 5,00 €	-
Einzelgebühren/ -entgelte	Videos, DVDs, CD-ROMs:	-

	1,50 € Neuerscheinungen CDs: 1,00 € sonstige CDs: 0,50 €	
Internetnutzung	0,50 €/15 Min.	frei
Ermäßigungen	Nutzer bis 18: frei; Wehr- und Zivildienstleistende, Empfänger von Arbeitslosengeld I und II oder Sozialhilfe, sowie Schüler und Studenten ab dem 18. Lebensjahr: 7,00 €	Nutzer bis 18 und Hürth- Pass-Inhaber: frei
Verwaltungsgebühren und -entgelte		
Vorbestellungen/ME	1,50 €	1,50 €
Leihverkehr	2,50 €	1,50 €
Verlängerungen	frei	frei
Ausweiserstellung	Ersatzausweis: 3,00 €	Ersatzausweis: 3,00 €
Mahn-/Säumnisgebühren/ -entgelte		
Versäumnisgebühr/ -entgelt	1. Woche: 3,00 €/ME 2. Woche: 6,00 €/ME 3. Woche: 10,00 €/ME jede weitere Woche: 3,00 €/ME; Deckelung: Wiederbeschaffungswert der ME+ Bearb.-Entgelt: 10,00 €	1,50 €/ME für die erste Woche 3,00 €/ME ab der 2. Woche

Quellen: Gebührensatzung der Stadtbücherei Hürth (Stand: 25.03.2010); Entgeltordnung der Stadtbücherei Witten (Stand: 01.06.2009)

6. Darstellung und Inhalt der Datenerhebung

Das Interview wurde im Rahmen eines persönlichen Gesprächs, meistens mit der Leitung der jeweiligen Einrichtung, geführt. Ein Interview dauerte zwischen 45 und 90 Minuten. Grundlage des Interviews war ein Fragebogen mit 18 Fragen, der das Gebührenthema möglichst umfassend abdecken sollte. Der Fragebogen war in die drei Bereiche „Rahmenbedingungen“, „Zusammenhänge von Gebühren und Nutzung“, und „Akzeptanz von Gebühren“ unterteilt. Bei den Fragen handelte es sich um offene Fragen, um die Antwortmöglichkeiten nicht einzuschränken. Wenn Beispiele für die

Beantwortung gegeben wurden, so dienten diese der Verdeutlichung der Intention der Frage, nicht der Einschränkung der Antwortmöglichkeiten.

Im bibliothekarischen Bereich gibt es zahlreiche Statistiken und Kennzahlen – auch solche, die das Gebührenthema berühren. Die Problematik besteht darin zu belegen, inwieweit sich verschiedene (Kenn)Zahlen bedingen, und welche Schlussfolgerungen daraus gezogen werden dürfen. Typisches Beispiel hierfür: Wenn die Benutzungsgebühren erhöht werden und die Ausleihzahlen daraufhin sinken, ist dies zweifelsohne auf die Erhöhung zurückzuführen? Oder gab es vielleicht auch andere, zeitgleiche Faktoren, welche die Ausleihzahlen drückten? Um dieser Problematik zu begegnen, waren ausdrücklich auch Antworten gewünscht, die sich nicht mit Zahlen belegen lassen, sondern auf nicht erfassbaren Erfahrungswerten beruhen. Ziel war es, durch die Kombination von Erfahrungen mit Zahlenmaterial aus sieben verschiedenen Bibliotheken eine verlässliche Grundlage für Aussagen über die Wirkung von Bibliotheksgebühren zu legen.

7. Auswertung der Umfrage

7.1 Zusammenstellung und Vergleich der Befragungsergebnisse

Im Folgenden werden die Antworten der Bibliotheken unter den jeweiligen Fragen zusammengefasst und miteinander verglichen. Bei Bedarf sind unter den Fragen - in eckigen Klammern - Erläuterungen zu Intention und Gründen der Fragen gegeben.

7.1.1 Fragenbereich: Rahmenbedingungen

Seit wann nehmen Sie Nutzungsgebühren (in Abgrenzung zu Mahngebühren)?

[Eventuelle Gewöhnungseffekte seitens der Benutzer sollten hiermit berücksichtigt werden.]

80er Jahre: Den Anfang machten 1983 Bonn, und in der ersten Hälfte der 80er Jahre Münster. Witten folgte mit der Gebühreneinführung im Jahr 1988.

90er Jahre: Zu Beginn der 90er folgten Dortmund (nicht genauer datiert) und Hamm im Jahre 1993. Zuletzt führten Hürth zur Mitte der 90er, und Düsseldorf Anfang des Jahres 1996 Gebühren ein.

Wie viele aktive Nutzer haben Sie jetzt, und wie viele hätten Sie schätzungsweise ohne Gebühren?

[Die Anzahl der Nutzer stellt eine Rahmenbedingung dar, die Einschätzung, wie viele es ohne Gebühren wären, gehört eigentlich schon zu den Auswirkungen. Ziel war es hier, zu erfahren, ob überhaupt eine Aussage dazu möglich ist, und wenn ja, eine erste grobe Einschätzung zu der Frage zu erhalten.]

Die Problematik, die alle Bibliotheken bei der Beantwortung dieser Frage sahen war, dass die Anzahl der Ausweise nicht gleichbedeutend mit der Anzahl der Nutzer ist. Das allgemein bekannte Phänomen der Mehrfachnutzung eines Ausweises kommt zum tragen, sobald Gebühren eingeführt werden. Die groben Schätzungen, wie viele Ausweise es ohne Gebühren mehr gäbe reichen von 10-20% bis zu „doppelt so viele“. In Düsseldorf gibt es beispielsweise heute rund 56.000 aktive Ausweise gegenüber rund 70.000 vor der Einführung von Entgelten im Jahre 1996. Die Anzahl der Ausleihen sind heute jedoch um 2.000.000 höher als 1995, was auf mehr Nutzer trotz weniger Ausweise schließen lässt. In Hamm ist die Anzahl der aktiven Nutzer seit der Einführung sogar von 17.000 auf 19.000 gestiegen – ein Trend gegen den Bevölkerungsschwund der Stadt. In Münster und Hürth wird davon ausgegangen, dass Gebühren kein Hinderungsgrund für die Nutzung sind.

Aus welchen Gründen nehmen Sie Gebühren? (z. B. aufgrund der Haushaltslage, aus Gründen der Rechtfertigung gegenüber dem Träger bzw. der Öffentlichkeit)

Bei allen Bibliotheken war die angespannte Haushaltslage oder die angestrebte Haushaltskonsolidierung der Grund für die Einführung von Gebühren. Bonn, Münster und Witten hatten einen bestimmten Kostendeckungsgrad zu erreichen. Bonn und Hürth sahen in der Einführung außerdem einen symbolischen Akt, da es in Zeiten knapper Kassen nicht zu rechtfertigen ist, dass die Bibliotheksbenutzung kostenlos sein soll, während andere kulturelle Einrichtungen Gebühren erheben. In Hürth geht die Bedeutung der Gebühren inzwischen über den Symbolcharakter hinaus: Mit der Erhöhung der Gebühren wurde einer Schließung der Bücherei vorgebeugt.

Gab es bestimmte Ziele, abgesehen von der Geldeinnahme, die Sie mit den Gebühren erreichen wollten? (z. B. Einschränkung der Nutzung bestimmter Dienstleistungen wie Vormerkungen, „Leserziehung“ durch Mahngebühren)

[Hier war vor allem nach Steuerungsfunktionalität der Gebühren gefragt.]

Es stellte sich heraus, dass Gebühren nicht nur zwecks Geldeinnahme erhoben werden, sondern dass sie als Steuerungsinstrumente Anwendung finden. So gaben Düsseldorf, Bonn, Hamm und Witten an, Vormerkgebühren als eine Art Schutzgebühr zu erheben, damit vorbestellte Medien auch abgeholt werden. In Düsseldorf gilt dieses ebenso für die Gebühren für die Internetnutzung. In Münster wurden die Vormerkgebühren von ein auf zwei Euro verdoppelt, um die Anzahl der Vormerkungen einzuschränken. Hier ging es um eine Begrenzung des Arbeitsaufwandes.

In Dortmund und Witten werden Sondergebühren auf bestimmte Medienarten erhoben, die nicht so reichlich vorhanden sind – z. B. DVDs. Hier wird leeren Regalen vorgebeugt. Die Mahngebühren dienen in Dortmund der „Lesererziehung“, in Bonn und Münster möchte man schlichtweg erreichen, die Medien zurückzubekommen. In Hamm und Hürth wird bezweifelt, dass „Lesererziehung“ funktioniert. In Dortmund wurden außerdem die Mahngebühren für Bestseller erhöht, um absichtliches Überziehen einzuschränken. Darüber hinaus wurde die Tagesausleihgebühr in Dortmund von drei auf sechs Euro verdoppelt, um den Jahresausweis für Studenten für 7,50 € attraktiver zu machen. Die Stadtbücherei Hürth sah in Gebühren keinerlei Steuerungsfunktionalitäten.

Haben Sie diese Ziele erreicht?

[Diese hatte zum Ziel herauszufinden, wie effektiv eventuell vorhandene Steuerungsfunktionen durch Gebühren sind.]

Die Funktionalität von Vormerkgebühren als Schutzgebühren wird von allen Bibliotheken, die sie mit der Intention einsetzen, bestätigt – es wird nur noch das vorbestellt, was auch abgeholt wird. In Dortmund wurde die verminderte Nutzungsgebühr für Studenten erfolgreich gefördert, wobei unklar ist, wie viele Nutzer dabei „verloren“ gehen. In Münster sind die Vormerkungen stärker zurückgegangen als es beabsichtigt war.

Könnten Sie es sich auch leisten, ganz auf Nutzungsgebühren (abgesehen von Mahngebühren) zu verzichten oder sind die Gründe für die Gebühren zwingende?

[Mit dieser Frage sollte herausgefunden werden, inwieweit das Ziel der „Gebührenfreiheit“ überhaupt noch realistisch ist, und ob es noch angestrebt wird.]

Alle Bibliotheken gaben an, nicht auf Nutzungsgebühren verzichten zu können. Die Gründe sind allerdings unterschiedlich: Dortmund, Münster und Witten gaben an, theoretisch auf Gebühren verzichten zu können, dies dann allerdings aus eigenen

Mitteln ausgleichen zu müssen. Diese Möglichkeit wurde ausgeschlossen. In Dortmund wird außerdem darauf hingewiesen, dass Gebührenfreiheit kein Thema mehr ist, da alle städtischen Einrichtungen Gebühren erheben. Es wird nur noch über die Höhe und die Durchsetzbarkeit diskutiert.

Bonn und Hürth führten vor allem Rechtfertigungszwänge an: Die Bibliothek kann nicht kostenfrei sein, wenn gleichzeitig alle anderen (kulturellen) Einrichtungen Geld kosten und die Kommunen u.a. durch die Finanzmarktkrise sehr stark belastet sind.

Düsseldorf stellt bei dieser Frage eine Ausnahmekommune dar: 2008 hätten die Gebühren abgeschafft werden können, da Düsseldorf damals Überschüsse erwirtschaftete. Im Moment steht dies nicht zur Debatte, da die Stadt zurzeit aufgrund der schlechteren wirtschaftlichen Lage von diesen Überschüssen leben muss. Gleichzeitig stellt der Leiter die Frage, ob es nötig ist, auf die Entgelte zu verzichten. Die Höhe von 13 € sei von jedem leistbar, zumal Nutzer bis 18 Jahren und Düsseldorf-Pass-Inhaber von der Zahlung freigestellt sind.

Gibt es seitens Ihres Trägers Vorgaben bzgl. der Höhe der Einnahmen? Wenn ja, hat es Folgen, wenn die Vorgaben über- oder unterschritten werden?

[Hier stand die Verwendbarkeit eventueller Überschüsse für eigene Zwecke im Fokus, und die Frage, ob ein Minus aus dem eigenen Etat ausgeglichen werden muss.]

In allen Bibliotheken gibt es Erwartungen seitens des Trägers bezüglich der Höhe der Gebühren. Die Konsequenzen bei Über- oder Unterschreitung der festgelegten Summe sind allerdings unterschiedlich. In Düsseldorf, Witten und Hürth gründet sich die Erwartung auf den Vorjahreswerten. In Düsseldorf besteht keine Deckungsleistung, wenn der Wert um 10-20% unterschritten wird. In Witten werden die Einnahmen vierteljährlich von einem kaufmännischen Leiter der Kulturbetriebe überwacht. Sollten zu starke Abweichungen auftreten, fordert dieser zu Sparmaßnahmen auf. In Hürth kommt es zu keinerlei Konsequenzen, sollten die Erwartungen nicht erfüllt werden.

In Dortmund, Münster und Hamm müssen Mindereinnahmen durch eigene Mittel ausgeglichen werden. Mehreinnahmen konnten in Hamm bis Anfang 2010 für eigene Zwecke verwendet werden; ab diesem Jahr fließen Mehreinnahmen in den städtischen Haushalt. In Münster war es bislang so, dass Mehreinnahmen für Bibliotheksziecke eingesetzt werden konnten; es besteht jedoch Unsicherheit, ob dies in Zukunft so bleiben wird. In Dortmund können Mehreinnahmen theoretisch für eigene Zwecke verwendet werden; da die Stadt der Bibliothek jedoch zur Vorgabe gemacht hat, im

Jahr 2010 einen Betrag von 400.000 € einzusparen, werden eventuelle Mehreinnahmen sich nicht positiv auf den Etat auswirken können.

In Bonn gab es Ansätze, die städtischen Einrichtungen zum Sparen zu animieren, indem ihnen Einsparungen im darauf folgenden Haushaltsjahr zugute kommen sollten. Zu diesem Zweck wurden seitens der Einrichtungen Sollzahlen über die geplante Ausgabenhöhe angegeben. Im darauf folgenden Jahr wurden die Sollzahlen unterschritten, und der Differenzbetrag hätte den Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden sollen. Nun vermutete die Kämmerei allerdings, dass die Sollzahlen falsch angesetzt waren und korrigierte sie dementsprechend nach unten. Infolgedessen achteten die betroffenen städtischen Einrichtungen in den nachfolgenden Jahren darauf, die Sollzahlen zu erreichen, um weiteren „Korrekturen“ seitens der Kämmerei vorzubeugen.

Welche Faktoren waren ausschlaggebend für die Höhe und die Art der erhobenen Gebühren? (evtl. soziale/gesellschaftliche Strukturen der Stadt...?)

[Gefragt war hier, woran man sich bei der Festlegung der Höhe und der Struktur des Gebührenmodells orientiert hat, und ob Rücksicht auf lokale Besonderheiten und bestimmte soziale und gesellschaftliche Strukturen genommen wurde.]

In fast allen Bibliotheken waren Aspekte der Zumutbarkeit bzw. sozialen Verträglichkeit ausschlaggebend für die Höhe der Gebühren: So fand der geringe Einkommensdurchschnitt in Dortmund Berücksichtigung. In Bonn und Witten wurde die Sozialverträglichkeit explizit genannt, außerdem war die familienfreundliche Gestaltung der Gebühren in Bonn besonders wichtig. In Bonn, Hürth, Düsseldorf und Dortmund können Inhaber von Ausweisen, die günstigere Nutzung öffentlicher Einrichtungen ermöglichen, die Bibliotheken vergünstigt oder auch kostenfrei nutzen. In Dortmund und Hürth wurde die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen explizit hervorgehoben: Hier sollen Gebühren kein Hindernisgrund für die Nutzung der Bibliothek darstellen. Unabhängig davon, ob sie genannt wurden, bieten alle Bibliotheken besondere günstige Nutzungsbedingungen für Kinder und Jugendliche – in den meisten Fällen eine Befreiung von den Jahresgebühren.

In Münster wurde darauf geachtet, eine möglichst geringe Hemmschwelle für die Nutzung aufzubauen, außerdem war der Aspekt der Vermeidbarkeit von Gebühren entscheidend.

Bei der Höhe der Gebühren orientiert man sich in Dortmund, Hamm, Hürth und Witten an der Gebührenhöhe in anderen Bibliotheken. In den beiden kleineren Bibliotheken spielte auch das Verhältnis zum Angebot eine wichtige Rolle: Da dies im Vergleich zu

den großen Bibliotheken naturgemäß kleiner ist, sollten auch die Gebühren geringer sein.

In Witten und Bonn wurde das Recht auf Informationsfreiheit als Kriterium für die Ausgestaltung der Gebühren genannt, das heißt es wurde darauf geachtet, dass die Gebühren dieses verfassungsmäßig verbriefte Recht nicht beschneiden.

In Düsseldorf waren die Kosten für die Erhebung von Gebühren ein Kriterium: So sollten stark ausdifferenzierte Vergünstigungskriterien vermieden werden, da der Nachweis sehr umständlich und somit teuer ist.

7.1.2 Fragenbereich: Zusammenhänge von Gebühren und Nutzung

[Dieser Abschnitt soll die Wechselwirkung von Gebühren und Nutzungsverhalten untersuchen. Hier wird das Kernthema der Arbeit behandelt.]

Haben Sie in den letzten 5 Jahren die Gebühren verändert, welche Auswirkungen hatte diese Veränderung?

- ***Anzahl der Besucher***
- ***Anmeldungen***
- ***Abmeldungen***
- ***Präsenznutzung***
- ***Ausleihzahlen***
- ***mehrere Nutzer benutzen einen Ausweis***
- ***Änderung des Versorgungs- und/oder Einzugsgebietes (Konkurrenz durch andere Bib.)***
- ***sonstiges*** _____

[Die Auswirkungen von Gebühren lassen sich insbesondere dann feststellen, wenn Gebühren verändert werden, weil dann der Gewöhnungseffekt für einige Zeit außer Kraft gesetzt wird. Es wurde eine Einschränkung auf die letzten fünf Jahre vorgenommen, da davon ausgegangen wurde, dass die Reaktion auf Gebühreneinführungen bzw. –Änderungen seitens der Nutzer sich ständig verändert, und eine Vergleichbarkeit immer weniger gegeben ist, je länger die Erfahrungswerte in der Vergangenheit liegen. Die genannten Beispiele sollten als Denkanstöße dienen, der letzte Punkt „sonstiges“ deckte andere Auswirkungen ab, die in den Beispielen eventuell nicht erfasst wurden.]

Der Übersichtlichkeit halber sind die Antworten dieser Frage in Tab. 9 gelistet.

Tab.9: Angaben der befragten Bibliotheken zu Veränderungen der Gebührenstruktur und –höhe und ihrer Auswirkungen

Bib.	Veränderungen	Auswirkungen
DO	<p>1.1.2010: Jahresgebühr von 15,00 € auf 20,00 € erhöht</p> <p>Die Abstände der Mahnintervalle wurden von 7 auf 10 Tage erhöht.</p> <p>Das Alter, in dem die Bibliothek kostenlos genutzt werden kann wurde von 18 auf 21 Jahre erhöht</p>	<p>Die Nutzungszahlen schwanken ständig, es ist kein direkter Zusammenhang erkennbar. Die Anzahl der Nutzer der Altersgruppen von 18-21 hat sich leicht erhöht. Mehrfachnutzung ist normal.</p> <p>Insgesamt liegt der Zeitpunkt der Erhöhung noch nicht lange genug zurück, um verlässliche Aussagen machen zu können.</p>
D	<p>1.4.2007: Einzelentgelte für Mediengruppen wurden abgeschafft, das Jahresentgelt im Gegenzug von 10,00 € auf 13,00 € erhöht.</p>	<p>Steigerung der Ausleihzahlen in zwei Jahren von 4 auf 4,8 Mio. Dadurch mehr Mahnentgelte: pro 100.000 Ausleihen ca. 10.000 € Mahnentgelte.</p> <p>Mehr aktive Nutzer, dadurch mehr Jahresgebühreneinnahmen. Die Entgeltverwaltung ist effizienter, da keine Einzelentgelte mehr abgerechnet werden müssen daher auch hier Mehreinnahmen. Alle Mediengruppen werden mehr genutzt, nicht nur die CDs und DVDs. Ein nicht durch Zahlen belegbarer Zusammenhang: Die Diebstahlquote wurde gesenkt, weil sich der Diebstahl nicht mehr lohnt.</p>
BN	<p>1.1.2003: Jahreskarte für 15,00 € umfasst nicht mehr die Ausleihe von Videos, DVDs und CR-Spielen. Dafür gibt es eine Karte für 30,00 €, die dies umfasst.</p> <p>Leihverkehr: von 1 € auf 2,50 €</p> <p>Vormerkungen: von 0,50 auf 1,00 €</p>	<p>Keine Negativen Auswirkungen, abgesehen von der Mehrfachnutzung von Ausweisen, welche vorher auch schon existierte. Die Nutzung stieg schon vor der Erhöhung kontinuierlich an, dieser Trend setzte sich ohne Änderung fort.</p>

	Säumnis- und Mahngebühren je von 0,60 € auf 1,00/Medium und Mahnschreiben, bzw. von 0,3 € auf 0,5 € für bis 18jährige. Internetnutzung wurde von 0,10 € auf 0,03 €/Minute vergünstigt, Chipkarte von 3,00 € auf 2,00 €		
MS	1.7.2006: Jahresgebühr: 15 auf 20 € Tagesgebühr: 2 auf 3 € Vormerkgebühr: 1 auf 2 € Mahngebühren von 1 auf 2 € pro Medium/Woche	Aktive Nutzer: 2005: 44.000 2007: 40.000 Anmeldungen: 2005: 8.300 2007: 6.600	Besucher: 2005: 1,2 Mio 2007: 1,1 Mio Ausleihen: 2005: 2,1 Mio 2007: 1,9 Mio
	2008: Senkung der Jahresgebühr von 20 auf 18 € aufgrund starken Nutzerrückgangs. Ersatz des Tagesausweises durch die Quartalsgebühr von 5,00 €	Aufgrund des starken Nutzungsrückgangs wurden die Jahresgebühren wieder gesenkt. Die Verluste wurden aber nicht wieder ausgeglichen. Die Nutzer waren insbesondere verärgert über die höheren Mahngebühren. Die Jahresgebühren waren wohl nicht ausschlaggebend für den Rückgang.	
HAM	2002: Mahngebühren von 0,50 €/Medium auf 1,00 €/Medium erhöht	Kein Effekt, auch keinen Erziehungseffekt. Erfahrungen aus früheren Gebührenerhöhungen: Wenn der erste Schock überwunden ist, konsolidiert sich die Nutzung in der Regel innerhalb eines Jahres und es bleiben keine nachhaltigen Auswirkungen zurück. Wenn Sondergebühren auf einzelne Mediengruppen gleichzeitig mit der entsprechenden Mediengruppe eingeführt werden, wird diese normalerweise trotzdem gut ausgeliehen, da es sich um ein innovatives	

		Angebot handelt. Bei jeder Erhöhung steigt die Mehrfachnutzung eines Ausweises. Diese Entwicklung wurde versucht mit einem Familienausweis abzufangen, die Wirkung ist aber durch die Selbstverbuchung nicht mehr gegeben. Die Jahresgebühr hat sich so weit etabliert, dass sie im Bewusstsein der Bevölkerung nicht mehr stört und somit keinen Hinderungsgrund für die Nutzung darstellt.
WIT	Anfang 2009: Erhöhung der Jahresgebühr von 13 € auf 15 €. Im Gegenzug wurde das Alter, in dem Kinder und Jugendliche kostenlos ausleihen können von 11 auf einschließlich 17 Jahre erhöht. Tagesausweis wurde eingeführt.	Geringe Zunahme an Lesern, es wurde mehr erwartet. Aber auch keine Rückgänge: Erhöhung der Jahresgebühr zugunsten der Jugendlichen wird akzeptiert. Der Tagesausweis wird gut angenommen: ca. eine Anmeldung pro Woche. Benutzerzufriedenheit hat sich erhöht. Unabhängig von den Erhöhungen: zu hohe Mahngebühren bergen Abschreckungspotential, wenn sie anfallen. Bei Erhöhungen gibt es in der Regel einen Schockeffekt, der sich nach einem Jahr konsolidiert – Einschätzung ohne Zahlenbeleg. Die Präsenznutzung steigt bei Gebührenerhöhungen – erkennbar an der Anzahl der Kopien.
HÜ	1.4.2010: Anhebung der Jahresgebühr von 10,00 auf 20,00 €	Viele Klagen aufgrund des Umfangs der Erhöhung, bislang keine Auswirkungen. Aber: es ist zu früh um eine Aussage treffen zu können, viele haben schon vor der Erhöhung die alte Jahresgebühr bezahlt. In früheren Jahren hatten Erhöhungen keine nachhaltigen Abschreckungseffekte.

Inwieweit können eventuelle Nutzungsänderungen mit Sicherheit auf die Änderung der Gebühren zurückgeführt werden?

[Hier sollte zum einen abgefragt werden, ob es in den jeweiligen Zeiträumen noch andere Ereignisse gab, die Einfluss auf das Nutzerverhalten hatten. Dies könnten z. B. ein Veränderung des Dienstleistungsangebots oder der Öffnungszeiten sein. Zum anderen sollten hier die o.g. Erfahrungen mit einfließen – eine persönliche

Einschätzung der Befragten, ob sie denken, dass die Gebührenveränderungen ausschlaggebend für eventuelle Änderungen im Nutzungsverhalten waren.]

Münster und Düsseldorf sehen einen klaren Zusammenhang zwischen ihren Gebührenerhöhungen und den Auswirkungen auf die Nutzung. In Münster gilt dies in erster Linie für die erste Erhöhung, ab 2008 kann durch Einführung der RFID-Selbstverbuchung keine eindeutige Zuordnung der Ursachen mehr vorgenommen werden. Alle anderen Städte sehen nur indirekte Zusammenhänge: Gebühren(erhöhungen) sind ein Faktor von vielen. Das Angebot der Bibliothek, die soziale Struktur der Stadt und auch Informationsalternativen im Internet sind Faktoren, die sich neben den Gebühren auf die Nutzung auswirken. In jedem Falle ist wohl entscheidend, wie stark die Gebühren verändert werden, um Auswirkungen zuzuordnen.

Wenn in den letzten Jahren keine Veränderung der Gebühren stattfand: Warum? Gab es eine Nutzungsveränderung, die auf die nicht veränderten Gebühren zurückzuführen ist, da sich z. B. das durchschnittliche Einkommen verändert hat?

[Der erste Teil der Frage hat die Intention herauszufinden, warum keine Veränderungen stattfanden – ob es an mangelnder Notwendigkeit oder auch an der Angst vor abschreckender Wirkung lag. Der zweite Teil der Frage kann als „Ersatzfrage“ gesehen werden für den Fall, dass es keine Gebührenveränderungen gab. Sie versucht zu eruieren, ob es Einflüsse bestehender Gebühren gibt, ohne dass diese Gebühren verändert wurden.]

Hier konnte nur die Stadtbibliothek Bonn eine Aussage machen. Sie sieht eine leicht kritischere Haltung des Bildungsbürgertums gegenüber kostenpflichtigen Angeboten. Diese Schicht ist allerdings auch bereit für Bildung etwas zu zahlen. Außerdem bietet Integrationsarbeit eine gute Argumentationsbasis für kostenfreie Angebote.

Gibt es in bestimmten Benutzergruppen größere Nutzungsänderungen als in anderen Benutzergruppen? Wenn ja, welche Gruppen sind dies?

[Diese Frage kann sowohl auf die vorangegangene Frage, als auch auf eine Veränderung der Gebührensituation bezogen werden. Mit Nutzergruppen sind nicht unbedingt in der Statistik vorgesehene Gruppen gemeint, es können auch andere Gruppierungen umfasst werden.]

In den meisten Bibliotheken konnte dies nicht festgestellt werden, bzw. es konnte keine Aussage getroffen werden, da keine differenzierten Statistiken vorliegen. Düsseldorf sieht eine vermehrte Nutzung der Musik-CDs durch jüngere Nutzer, in Münster kommen weniger Studenten in die Bibliothek, was allerdings auch an anderen Rahmenbedingungen, wie z. B. der Studienreform, liegen kann.

Können Sie unterschiedliche Auswirkungen der Gebühren auf verschiedene soziale Milieus feststellen?

[Diese Frage zielt im Unterschied zur vorangegangenen Frage mehr auf soziale Schichten im Sinne einer gesellschaftlichen Stellung ab, als auf stellungsunabhängige Unterscheidungsmerkmale, wie z. B. das Alter.]

In allen Bibliotheken war es sehr schwierig, nach Milieus zu unterscheiden; die meisten konnten keine Aussage dazu treffen. In Bonn und Witten wurde die – statistisch nicht nachweisbare – Erfahrung gemacht, dass in sozial schlechter gestellten Haushalten die Organisation oft schlechter ist, und die Medien infolge dessen häufiger nicht rechtzeitig zurückgebracht werden als in sozial besser gestellten Haushalten. Witten und Dortmund sehen außerdem eine geringere Akzeptanz von Gebühren in schlechter gestellten Milieus: Wünsche, die Gebühren erlassen zu bekommen oder auch die Aussage, dass sie sie sich nicht leisten können, kommen häufiger vor.

Haben die Gebühren die gewünschten Auswirkungen gehabt (z. B. hinsichtlich der sozialen Struktur) oder haben Sie nachbessern müssen?

[Bei dieser Frage wird vorausgesetzt, dass die Gebührenhöhe und die Struktur des Gebührenmodells nicht willkürlich festgelegt wurden, sondern dass bestimmte Ziele verfolgt wurden. Diese können z. B. darin bestehen, bestimmten Nutzergruppen entgegen zu kommen (Sozialtarife), oder auch die Kosten für die Gebührenerhebung zu senken. Es sollte nun abgefragt werden ob diese Ziele erreicht werden konnten.]

In Hamm wurden die Gruppen, für die es Vergünstigungen gibt, regelmäßig erweitert – man übernimmt den Standard, der in anderen städtischen Einrichtungen vorherrscht. In Düsseldorf sind die durch die Änderung der Entgelte erhofften Effekte eingetreten: Mehr Umsatz und effektivere Arbeit bei gleichem Aufwand. In Witten wird das Problem gesehen, dass einige Gruppen, die theoretisch aufgrund ihres Einkommens berechtigt wären Vergünstigungen in Anspruch zu nehmen, dies nicht nachweisen können. In Bonn und Hürth werden BonnAusweis und Hürth-Pass als erfolgreich angesehen.

Automatisch mehr Nutzer bei geringeren Gebühren und umgekehrt?

[Diese Korrelation ist in der Regel das erste, was jemandem einfällt, wenn er anfängt über die Auswirkungen von Bibliotheksgebühren nachzudenken. Ziel dieser Frage war es herauszufinden, ob sich diese Annahme mit den Praxiserfahrungen deckt, oder ob es sich um eine voreilige Schlussfolgerung handelt.]

Diesen Automatismus wollte soweit keine Bibliothek bestätigen. In Düsseldorf, Bonn und Witten wird nur bei drastischen Erhöhungen mit einem garantierten Rückgang gerechnet. In Düsseldorf und Witten wurde das Angebotsspektrum als mit ausschlaggebend für eine Nutzungsveränderung genannt – Preis und Leistung müssen stimmen. In Bonn wurde außerdem einschränkend hinzugefügt, dass auch bei drastischer Senkung der Gebühren der Anstieg der Nutzung nicht so drastisch ausfallen würde, wie die Abnahme der Nutzung bei drastischer Erhöhung der Gebühren. In Münster sprachen die Erfahrungen dafür, dass Erhöhungen einen Nutzungsrückgang nach sich ziehen. Gleichzeitig wird nur bei drastischen Senkungen von einer Steigerung der Nutzung ausgegangen.

7.1.3 Fragenbereich : Akzeptanz von Gebühren

[Bei der Akzeptanz handelt es sich auch um Auswirkungen von Gebühren, allerdings ist dieser Bereich hinreichend umfangreich und relevant, um einen separaten Abschnitt in dem Fragebogen zu rechtfertigen.]

Welche Gebühren werden von den Nutzern am ehesten akzeptiert? (Jahresgebühren, Sondergebühren auf einzelne Mediengruppen, Mahngebühren...)

[Ziel war es hier herauszufinden, ob es eine Art Abstufung der Akzeptanz zwischen verschiedenen Gebührenarten gibt, oder ob Akzeptanz von Gebühren unabhängig von der Art der Gebühr ist.]

Bei dieser Fragestellung gehen die Meinungen zum Teil sehr auseinander. Die Einschätzung zu Sondergebühren auf AV-Medien jedoch ist fast einhellig. In fast allen Bibliotheken wird der Sondergebühr eine hohe Akzeptanz bescheinigt. Als Gründe hierfür werden die direkte Gegenleistung und der fehlende Umstellungseffekt genannt, da diese Gebühren meistens direkt mit Einführung der Mediengruppe erhoben werden. In Düsseldorf wird die Legitimität dieser Gebühren hinterfragt – handelt es sich bei AV-

Medien um Luxusmedien? In Hamm wird die Akzeptanz mit dem Innovationscharakter der Mediengruppe verbunden. Wenn die Medien hinreichend etabliert sind, wird die Akzeptanz vermutlich nachlassen.

Die Akzeptanz von Mahngebühren wird sehr konträr gesehen. Während in Düsseldorf und Witten eine hohe Akzeptanz vorliegt, ist in Bonn, Hamm und Hürth nur wenig Verständnis für Mahngebühren vorhanden. Argumente für die Akzeptanz waren die Vermeidbarkeit der Gebühren und die Möglichkeiten der Verlängerung. Gründe für mangelnde Akzeptanz war die große Höhe, die schnell erreicht wird. In Bonn, Münster und Hürth wurde allerdings darauf hingewiesen, dass hohe Mahngebühren kein Hindernisgrund bei der Anmeldung sind.

Der Jahresgebühr wird in Münster, Hamm und Hürth eine hohe Akzeptanz bescheinigt. In Witten und Düsseldorf wird die Akzeptanz unter der der Mahngebühren angesiedelt – welche dort allerdings, wie oben beschrieben, ohne weiteres akzeptiert wird. In Bonn findet die Jahresgebühr im Zusammenspiel mit der Wahlmöglichkeit zu den Einzelgebühren hohe Akzeptanz, da so der Abschreckungseffekt nicht zum Tragen kommt. Bei der Fernleihgebühr wird in Bonn aufgrund des offensichtlichen Aufwandes eine hohe Akzeptanz gesehen, bei der Vormerkgebühr eher weniger.

Welche Faktoren führen Ihrer Ansicht nach zu einer besseren Akzeptanz von Gebühren(erhöhungen)? (z. B. Einsatz der Gebühren für eigene Zwecke, ausführliche Erläuterung der Notwendigkeit)

In Düsseldorf, Bonn, Hamm und Witten wird der Einsatz der Gebühren für eigene Zwecke als überzeugendes Argument für eine bessere Akzeptanz gesehen. Eine Relation zwischen den wirklichen Kosten der erbrachten Dienstleistungen und den Gebühren herzustellen fördert in Dortmund und Witten erfahrungsgemäß die Akzeptanz. Gebühren(erhöhungen) mit Mittelknappheit zu begründen wird in Düsseldorf, Bonn und Hamm eingeschränkt als akzeptiert betrachtet. Voraussetzung ist aber, dass das Angebot mindestens gehalten werden kann. In Bonn wird sogar eine gleichzeitige Verbesserung des Angebots vorausgesetzt, um eine Gebührenerhöhung mit dem Argument vermittelbar zu machen. Wenn das Angebot gleichzeitig eingeschränkt wird, dann wird das Argument nach einhelliger Meinung nicht auf Akzeptanz stoßen.

In Münster wurden den Mitarbeitern Argumentationshilfen und Flyer zur Hand gegeben. Die Argumentation: Durch die Gebührenerhöhung kann das Angebotsniveau gehalten werden. Dies hat nicht funktioniert. Hier wird allerdings ein ortsspezifischer Faktor verantwortlich gemacht: Münster ist traditionell eine wohlhabende Stadt. Verschuldung

und soziale Probleme wurden immer als Problem des Ruhrgebiets betrachtet. Plötzlich mit Maßnahmen konfrontiert zu sein, die Reaktion auf Probleme darstellten, von denen man sich nie betroffen wähnte, stieß somit auf erhebliches Unverständnis und hatte eine Verweigerungshaltung zur Folge.

Ist die Akzeptanz größer, oder kann es sogar zu einer erhöhten Nutzung kommen, wenn die Nutzer eine „direkte“ Gegenleistung für ihre Gebühren bekommen? (z. B. Bestsellergebühren, bei denen ein schneller Zugriff auf Bestseller gewährleistet wird...)

[Hier findet quasi eine Fokussierung der vorangegangenen Frage auf einen ganz bestimmten Aspekt statt. Auslöser für die Frage war der Gedankengang, dass der Umstand, dass man direkt etwas für eine Zahlung erhält im alltäglichen Leben der Normalzustand ist. Es galt also herauszufinden, ob diese „Gewohnheit“ förderlich für die Akzeptanz ist.]

Eine Akzeptanz durch direkte Gegenleistung wird durch alle Bibliotheken bestätigt. Verschiedene Beispiele für direkte Gegenleistungen werden angeführt: Münster und Hamm sehen dies bei den Einzelgebühren auf besondere Mediengruppen. In Dortmund wurden positive Erfahrungen mit der Bestsellergebühr gemacht. In Bonn wird Innovation erfahrungsgemäß bereitwillig bezahlt, die Akzeptanz von Bestsellergebühren wird bestätigt, obwohl diese in Bonn nicht existiert. In Hürth wird die Vormerkgebühr als Beispiel gesehen – auch weil die Medien schneller wieder im Regal stehen. In Bonn wird vorausgesetzt, dass ein zeitlich unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Gebühr und der Leistung hergestellt werden kann.

7.2 Zusammenfassung und Analyse der Umfrageergebnisse

Die Bibliotheken führten im Zeitraum von Mitte der 80er bis Mitte der 90er Jahre Gebühren/Entgelte ein. Obwohl die Anzahl der angemeldeten Personen zurückging, ist die Nutzung meistens konstant geblieben. Bei allen Bibliotheken war die Haushaltslage der ausschlaggebende Grund für die Einführung von Gebühren oder Entgelten.

Unabhängig davon setzt der überwiegende Teil der befragten Bibliotheken Gebühren als Steuerungsinstrumente ein; vor allem Vormerkgebühren und Mahngebühren sind hier zu nennen. Daneben gibt es noch weitere Steuerungsfunktionalitäten wie die „Mangelverwaltung“ und die Förderung anderer Angebote.

Verzichten kann keine Bibliothek auf die Einnahmen; die Gründe sind jedoch unterschiedlich: Während bei der einen Hälfte der Bibliotheken die Einnahmeausfälle

aus dem eigenen Etat ausgeglichen werden müssten, führt die andere Hälfte Rechtfertigungsgründe gegenüber der Politik und der Gesellschaft an. Hier ist ein interessanter Mentalitätswandel zu erkennen. Zu Beginn der 80er Jahre war es nur schwer möglich, Gebühren zu rechtfertigen – die Gebührenfreiheit wurde als eine kulturelle Errungenschaft gesehen. Heute sind die Verhältnisse genau umgekehrt. Das Bewusstsein für die Kosten ist in der Gesellschaft viel ausgeprägter; Gebührenfreiheit müsste sich heute genauso rechtfertigen wie vor 30 Jahren die Gebühreneinführung. Dies wird auch dadurch deutlich, dass die einzige Bibliothek, Düsseldorf, die die reelle Chance auf Gebührenfreiheit hatte, diese nicht nutzte. Aus diesen Ergebnissen kann abgeleitet werden, dass Gebühren – zumindest in geringer Höhe – nicht nur akzeptiert, sondern als selbstverständlich erachtet werden.

Vorgaben hinsichtlich der Höhe der Gebühreneinnahmen gibt es in allen Städten. Die entscheidende Frage ist, ob Mindereinnahmen aus dem eigenen Etat ausgeglichen werden müssten. Dies ist bei rund der Hälfte der befragten Bibliotheken der Fall. Umgekehrt ist es leider nicht immer sicher, ob Mehreinnahmen der Bibliothek zu Gute kommen. Dass die Gebühren im städtischen Haushalt fest einkalkuliert sind macht deutlich, wie sehr die Gebühren in der Organisationsstruktur der Bibliotheken etabliert sind.

Trotz dieser Etablierung sind die wichtigsten Kriterien für die Gestaltung eines Gebührenmodells die soziale Verträglichkeit und die möglichsts geringe Abschreckung. Außerdem findet eine Orientierung an der Höhe von Gebühren in anderen Bibliotheken statt und verfassungsrechtliche Fragen und Effizienz spielen eine Rolle.

Es wurden im Fragebogen zwei ähnliche Aspekte abgefragt: Die Auswirkungen, die konkrete Veränderungen im Gebührenmodell hatten, bzw. Erfahrungswerte mit dieser Thematik und die Akzeptanz bestimmter Gebührenarten im Allgemeinen.

Bei der Frage nach Auswirkungen und Akzeptanz von Gebühren zeichnet sich zunächst ein relativ einheitliches Bild ab. Alle Bibliotheken außer Dortmund und Hürth geben an, dass die Jahresgebühr bzw. die Erhöhung der Jahresgebühr keine negativen Auswirkungen auf die Nutzung hat. Auch bei der Akzeptanz liegt die Jahresgebühr mit der Sondergebühr auf einzelne Mediengruppen vorne. Man könnte zu dem Schluss gelangen, dass Sondergebühren und Jahresgebühren einen ähnlichen Charakter hinsichtlich der Auswirkung auf die Nutzung haben. Mehrere Faktoren führen allerdings zu einer anderen Schlussfolgerung:

Die Sondergebühr auf einzelne Mediengruppen ist fast ausschließlich eine Gebühr für AV-Medien. Eine Ausnahme bildet hier die Stadtbibliothek Bonn, welche die Einzelgebühr als Alternative zur Jahresgebühr anbietet. Die Sondergebühr wird in der

Regel gleichzeitig mit der entsprechenden Mediengruppe eingeführt. Das hat zur Folge, dass der Umstellungseffekt wegfällt und Vergleichszahlen zu einer Ausleihe ohne Sondergebühren fehlen. Gleichzeitig setzen die Bibliotheken diese Sondergebühr zum Teil auch zur „Mangelverwaltung“ ein: D.h. sie rechnen mit dem Effekt, dass durch diese Sondergebühr weniger ausgeliehen wird und so die Regale nicht leer stehen. Die Erfahrungen der Stadtbüchereien Düsseldorf zeigen, dass die Medien ohne Sondergebühr wesentlich häufiger ausgeliehen werden als mit Gebühr. Berücksichtigt man diese Umstände, so lässt sich der Schluss ziehen, dass Sondergebühren durchaus einen (negativen) Einfluss auf die Ausleihe der entsprechenden Mediengruppen haben. Dies fällt nur nicht auf, da die Ausdrucksform dieser Abschreckung kein lautstarker Protest bei fälliger Zahlung, verbunden mit einer Kündigung der Mitgliedschaft ist, sondern schlicht ein „stilles“ nicht Ausleihen der Medien. Das dies seitens der Bibliothek durchaus gewünscht sein kann, ist ein anderer Aspekt des Themas.

Die Mahngebühren sind hinsichtlich der Akzeptanz und der Auswirkungen sehr ambivalent. In Münster werden sie maßgeblich für den Rückgang der Nutzung mitverantwortlich gemacht – wobei hier wiederum die besonderen Umstände des Standortes zu berücksichtigen sind. Prinzipiell ist das Argument, dass Mahngebühren vermeidbar sind, sehr schlagkräftig beim Werben für diese Art der Gebühr. Allerdings ist der hohe Abschreckungseffekt zu beachten, wenn Mahngebühren schnell sehr hoch werden.

Wenn die Bibliotheken berichteten, dass Mahngebühren nicht akzeptiert werden, dann wurde das an den Diskussionen festgemacht, die beim Anfallen der Mahngebühren mit den Nutzern geführt werden müssen. Entscheidend ist aber wohl, wie die praktischen Auswirkungen sind. Es ist verständlich, dass es zunächst einmal auf Unwillen der Nutzer stößt, wenn sie Mahngebühren zahlen müssen. Aber ob sie deshalb die Bibliothek in Zukunft meiden werden, ist damit nicht entschieden. Dies hängt wohl maßgeblich davon ab, wie hoch die Mahngebühren ausgefallen sind. Interessant ist in diesem Zusammenhang die unterschiedliche Auswirkung von einer Gebührenart auf verschiedene Milieus. Dass gesellschaftlich schlechter gestellte Haushalte häufiger Gebühren zahlen müssen, erklärt eventuell auch die unterschiedliche Akzeptanz und die unterschiedlichen Auswirkungen von Mahngebühren in verschiedenen Städten.

Unabhängig davon sind Mahngebühren kein Verhinderungsgrund für die Anmeldung, da sie zu dem Zeitpunkt nicht im Fokus der Aufmerksamkeit stehen.

Unabhängig davon, welche Gebühr erhöht oder gesenkt wird, gibt es keinen Automatismus in der Reaktion. Diese ist vielmehr davon abhängig, wie drastisch die

Erhöhungen oder Absenkungen ausfallen und wie das Angebotsspektrum im Verhältnis dazu steht. Desweiteren sind die Reaktionen auf Erhöhungen auf der einen, und Senkungen auf der anderen Seite nicht proportional zueinander.

Es gibt Faktoren die die Akzeptanz von Gebühren positiv beeinflussen können. Am größten ist die Akzeptanz, wenn die Gebühren für die Zwecke der Bibliothek eingesetzt werden können und dies auch transparent gemacht wird. Eine zeitlich unmittelbare Gegenleistung zu den gezahlten Gebühren ist ebenfalls förderlich für die Akzeptanz. Sparzwänge können nur als Argument herhalten, wenn das Angebot mindestens gehalten wird oder verbessert werden kann.

Schlussendlich scheinen zwei Gebührenmodelle der besonderen Erwähnung wert zu sein: Die der Stadtbüchereien Düsseldorf und der Stadtbibliothek Bonn.

Die Abschaffung der Sonderentgelte auf einzelne Mediengruppen und die gleichzeitige Erhöhung des Jahresentgeltes war in jeder Hinsicht ein Erfolg; die Nutzerzufriedenheit wurde erheblich gesteigert, die Kosten für die Erhebung der Entgelte gesenkt und die Gesamteinnahmen erhöhten sich. Der Grund für den Erfolg dürfte in der Einfachheit des Entgeltmodells in Kombination mit der sehr geringen Jahresgebühr von 13,00 € liegen. Der Nutzer muss sich weder Gedanken darüber machen, wie viele Medien er entleiht, noch darüber, welche sonstigen Konditionen seinen Interessen am ehesten entgegen kommen. Die Entscheidung zwischen Sondergebühren und Jahresgebühren stellt die Entscheidung zwischen Einfachheit und Gerechtigkeit dar: Bei Sondergebühren zahlt der Nutzer nur das, was er wirklich in Anspruch nimmt – wenn ein Nutzer nur sehr selten die Bibliothek besucht, lohnt sich die Jahresgebühr für ihn nicht. Daher ist anzunehmen, dass das Düsseldorfer Modell nur so lange funktioniert, wie die Jahresgebühr niedrig gehalten wird. Je höher sie ist, desto mehr Nutzer werden sich vermutlich ungerecht behandelt fühlen, weil sie für die höhere Jahresgebühr die Bibliothek zu selten nutzen. Wo diese Grenze liegt, hängt jedoch wiederum von den sozialen Rahmenbedingungen der Stadt ab.

Das Modell der Stadtbibliothek Bonn zeichnet sich in erster Linie durch eine große Flexibilität aus: Der Nutzer hat die Wahl zwischen zwei Jahreskarten und Einzelgebühren; mit Blick auf die Gebührenerhöhung hatte er somit die Möglichkeit, dieser auszuweichen. Darauf wird seitens der Bibliothek auch zurückgeführt, dass die Gebührenerhöhungen keinerlei negative Auswirkungen auf die Nutzung hatten und der steigende Trend bei der Nutzung fortgesetzt wurde. In gewisser Weise hebt diese Wahlmöglichkeit auch die hypothetischen Nachteile des Düsseldorfer Modells aus.

7.2.1 Zusammenfassung: Haben Gebühren Auswirkungen auf die Nutzung und lassen sich allgemeine Aussagen treffen?

Diese Frage lässt sich nicht mit einem einfachen Ja oder Nein beantworten. Gebühren können definitiv Auswirkungen auf die Nutzung haben. Sie wirken sich aber niemals alleine auf die Nutzung aus, sondern im Zusammenspiel mit anderen Größen. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um zwei Größen: Zum einen die Situation und die Leistungsfähigkeit der Bibliothek; wie gut ist das Angebot der Medien und Dienstleistungen, wie präsent ist die Bibliothek im Bewusstsein der Öffentlichkeit? Zum anderen spielt das Umfeld der Bibliothek eine wesentliche Rolle: Dies wird durch die Indikatoren bestimmt, mit denen unter Punkt 5 die Städte vorgestellt wurden. Besonders deutlich wurde der Einfluss dieses Faktors am Beispiel der Stadtbücherei Münster, bei der die Reaktion der Bevölkerung auf die Gebührenerhöhungen maßgeblich auf die soziale Struktur zurückzuführen war.

Von diesen Einflussgrößen hängt nun ab, wie die Nutzer auf Gebührenveränderungen reagieren. Hier lässt sich generell sagen, dass die Höhe der Gebühren und die Höhe der Veränderungen mitentscheidend sind, wie stark die Auswirkungen auf die Nutzung ausfallen.

Welches Gebührenmodell das Idealmodell darstellt, kann nicht allgemein bestimmt werden, da dies von den beiden o.g. Faktoren mitbestimmt wird. So darf das Düsseldorfer Modell durchaus als durchschlagender Erfolg bezeichnet werden. Allerdings lässt es sich aufgrund der ungleich schlechteren Haushaltslage in den anderen Städten nur schwerlich übertragen: Die auf 13,00 € erhöhten Jahresgebühren liegen weit unter dem Schnitt der anderen Bibliotheken. Trotzdem hat in Düsseldorf ein Trend den Sprung in die öffentliche Verwaltung geschafft, der sich in der freien Wirtschaft schon lange durchgesetzt hat: Weg von komplizierten Einzeltarifen und Ausnahmesystemen, hin zu unkomplizierten Flatrates.

Die positiven Erfahrungen der Stadtbibliothek Bonn mit ihrem Gebührenmodell wiederum bestätigen die theoretischen Grundlagen in Kapitel 4.1, nach denen versucht werden soll, den unterschiedlichen Nutzertypen so weit wie möglich entgegen zu kommen. Dies wird in Bonn mit Erfolg umgesetzt.

Schließlich kann eine Erkenntnis im Fazit nicht unberücksichtigt bleiben: Für direkte Gegenleistungen ist der Nutzer bereit zu zahlen. Dies bedeutet, dass besondere Dienstleistungen mit Gebühren belegt werden können, ohne dass mit Konsequenzen für die Nutzung gerechnet werden muss.

8. Fazit

Bei den Öffentlichen Bibliotheken und ihren Nutzern hat sich in den letzten 25 Jahren ein Mentalitätswandel vollzogen. Stießen Gebühren am Anfang der 80er Jahre noch auf scharfe Proteste, so hat seit Beginn der 90er Jahre ein Gewöhnungsprozess eingesetzt der in eine selbstverständliche Akzeptanz von Gebühren gemündet ist – zumindest solange diese nicht zu hoch sind. Dies belegt auch diese Arbeit, in der Gebührenmodelle vorgestellt wurden, die sich nicht negativ, oder sogar positiv auf die Nutzung auswirkten. Umgekehrt zeigt diese Arbeit jedoch auch, dass Gebühren zweifellos negative Folgen haben können. Ziel dieser Arbeit war es, unter anderem festzustellen, welche Gebührenmodelle sich am wenigsten negativ, oder im besten Falle positiv auf die Nutzung auswirken. Am Ende sollte eine Empfehlung hinsichtlich eines optimalen Gebührenmodells stehen.

Aufgrund der unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den verschiedenen Städten und der geringen Anzahl von befragten Bibliotheken ist es nicht möglich, pauschal ein komplettes Modell als das Idealmodell vorzustellen. Es können jedoch Aussagen darüber getroffen werden, welche Aspekte ein gutes Gebührenmodell ausmachen. Aus den hier zusammengetragenen Erfahrungen und theoretischen Grundlagen können somit folgende Schlüsse gezogen werden: Ein gutes Gebührenmodell zeichnet sich durch Einfachheit aus, bietet dabei aber Wahlmöglichkeiten, die auf die individuellen Bedürfnisse verschiedener Nutzer(typen) eingehen. Außerdem berücksichtigt es die besonderen Eigenschaften und sozialen Rahmenbedingungen, die jede Stadt einzigartig machen.

Aus dieser Arbeit lassen sich weitere Schlussfolgerungen ziehen: Die Reaktionen von Nutzern sind weder mit Sicherheit vorausszusagen, noch über längere Zeit hinweg statisch. Die sich ständig ändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen prägen auch den Zeitgeist und die Mentalität; die Akzeptanz von Gebühren ist dem gleichermaßen unterworfen. Dies bedeutet letztendlich, dass die hier getroffenen Aussagen im zeitlichen Kontext der aktuellen gesellschaftlichen Situation zu verstehen sind, und damit nur eine begrenzte Gültigkeit haben.

Literaturverzeichnis und Quellen

1. Änderungssatzung vom 19.9.2007 zur Benutzungs- und Gebührenordnung für die Stadtbüchereien Hamm vom 13.12.2001

Ahlfänger, Franziska: Jugend, Bildung, Bibliotheken : Modelle der Finanzierung und Projektförderung. Berlin : Simon, Verl. für Bibliothekswesen, 2009

Beger, Gabriele: Ausleihe von Medien gegen Gebühr. In: Bibliotheksdienst 39 (2005)2, S. 229-232

Benutzungs- und Gebührenordnung für die Stadtbücherei Münster (Stand: 10.12.2008)

Benutzungskommission des Deutschen Bibliotheksinstituts : Umfrage zum Stand und zu den Auswirkungen der Benutzungsgebühren in öffentlichen Bibliotheken. In: Bibliotheksdienst 18 (1984) 12, S. 1164-1168

Bertelsmann Stiftung: Bibliothek 2007; Strategiekonzept. Gütersloh : Verl. Bertelsmann Stiftung, 2004, S. 10

Bibliothek & Information Deutschland : 21 gute Gründe für Bibliotheken. Berlin, 2009

„Bibliotheken und Schulen sind Bildungspartner in NRW : Fortschreibung der Gemeinsamen Erklärung“

http://www.bibliothek.schulministerium.nrw.de/bibliothekundschule/initiative/bpnrw_gemeinsame_erklaerung_bibliothek2.pdf (19.06.2010)

„Bildungspartner NRW – Bibliothek und Schule: Ziele; Leseförderung und Medienbildung“

<http://www.bibliothek.schulministerium.nrw.de/bibliothekundschule/initiative/ziele/> (16.06.2010)

„Böblingen - Pressemitteilungen: Die Stadtbibliothek eröffnet eine „Zweigstelle im Internet““

http://www.boeblingen.de/servlet/PB/menu/1285283_11/index.html (01.07.2010)

Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung : Strategie für Lebenslanges Lernen in der Bundesrepublik Deutschland (Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung ; 115). Bonn, 2004

Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände: Bibliotheken '93 : Strukturen, Aufgaben Positionen. Berlin [u.a.], 1994

„DBS – Deutsche Bibliotheksstatistik: Variable Auswertung“
<http://www.bibliotheksstatistik.de/eingabe/dynrep/index.php> (21.07.2010)

Deifel, Ralph: Versäumnis-, Mahn- und Vorbestellgebühren in kommunalen öffentlichen Bibliotheken. In: Öffentliche Bibliotheken in Bayern 5(2002), S. 9

„Deutscher Städte- und Gemeindebund: Schwerpunkt Gemeindefinanzen“
<http://www.dstgb.de/homepage/artikel/schwerpunkte/gemeindefinanzen/> (20.06.2010)

Entgeltordnung der Stadtbüchereien Düsseldorf, Stand: 1.April 2007

Entgeltordnung der Stadtbücherei Witten (Stand: 01.06.2009)

Entgeltordnung für die Bibliotheken der Stadt Dortmund, Stand: 01.01.2010

Frankenberger, Rudolf (Hrsg.): Die moderne Bibliothek: ein Kompendium der Bibliotheksverwaltung. München : Saur, 2004

„Gabler Wirtschaftslexikon“ [Online-Ausgabe]
<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/8377/leihe-v4.html> (24.6.2010)

„Gabler Wirtschaftslexikon“ [Online-Ausgabe]
<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/5782/miete-v6.html> (24.06.2010)

Gebührensatzung der Stadtbücherei Hürth (Stand: 25.03.2010);

„Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland – Die Grundrechte“
http://www.bundestag.de/dokumente/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg_01.html
(19.06.2010)

„Grundlagentexte der deutschen UNESCO-Kommission: UNESCO zwischenstaatliche Konferenz über Kulturpolitik für Entwicklung, 30. März bis 2. April 1998, Stockholm: The Power of Culture: Aktionsplan Kulturpolitik für Entwicklung, Schweden“

http://www.ifa.de/pdf/abk/inter/unesco_kulturpol_entwick.pdf (01.07.2010)

Internetseiten der Stadtbibliothek Bonn

http://www.bonn.de/familie_gesellschaft_bildung_soziales/stadtbibliothek/service/00467/index.html?lang=de (19.07.2010)

Internetseiten der Stadtbüchereien Hamm

http://www.hamm.de/2767_4302.html (19.07.2010)

Jochum, Uwe: Kleine Bibliotheksgeschichte. Stuttgart : Reclam, 2007

„Jugendbuchpreis Lesehammer“

http://www.bibliothek.schulministerium.nrw.de/bibliothekundschule/lokalekooperation/praxisbeispiele/stadtb%C3%BCcherei_hamm lesehammer_2010.pdf (19.06.2010)

Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Memorandum über Lebenslanges Lernen, 2000, S. 3

Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21.10.1969 (GV. NRW. S. 712), zuletzt geändert durch Art. 74 des Gesetzes zur Anpassung des Landesrechts an den Euro in Nordrhein-Westfalen (EuroAnpG NRW) vom 25.9.2001 (GV. NRW. S. 708 ff.) - SGV. NRW

„Kommunalprofil Bonn, krfr. Stadt“

<http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/I05314.pdf> (13.07.2010)

„Kommunalprofil Dortmund, krfr. Stadt“

<http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/I05913.pdf> (23.04.2010)

„Kommunalprofil Düsseldorf, krfr. Stadt“

<http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/I05111.pdf> (30.04.2010)

„Kommunalprofil Hamm, krfr. Stadt“

<http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/I05915.pdf> (05.05.2010)

„Kommunalprofil Hürth, Stadt“

<http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/I05362028.pdf>

„Kommunalprofil Münster, krfr. Stadt“

<http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/I05515.pdf> (05.05.2010)

„Kommunalprofil Witten, Stadt“

<http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/I05954036.pdf> (13.07.2010)

„Landesdatenbank NRW“

<http://www.it.nrw.de/statistik/s/index.html> (13.07.2010)

Lehmann, Jörg: Benutzungsgebühren in Öffentlichen Bibliotheken der Bundesrepublik Deutschland: Entwicklung der Fachdiskussion seit dem Anfang der 80er Jahre. Köln, 1995

Locher, Lieselotte: Die Bibliothekare bitten zur Kasse: Ein Überblick über die Gebühren in Öffentlichen Bibliotheken. In: Buch und Bibliothek (BuB) 55 (2003)10/11, S. 637-642

„Mönchengladbach : Freizeit und Tourismus“

[http://www.moenchengladbach.de/index.php?id=99&tx_ttnews\[tt_news\]=1481&tx_ttnews\[year\]=2010&tx_ttnews\[month\]=05&cHash=efb1216004](http://www.moenchengladbach.de/index.php?id=99&tx_ttnews[tt_news]=1481&tx_ttnews[year]=2010&tx_ttnews[month]=05&cHash=efb1216004) (01.07.2010)

„Der Paritätische Gesamtverband : Forschungsstelle“

<http://www.forschung.paritaet.org/index.php?id=1444> (05.05.2010)

„PISA-Konsortium Deutschland: PISA 2006 :Die Ergebnisse der dritten internationalen Vergleichsstudie: Zusammenfassung“

http://pisa.ipn.uni-kiel.de/zusammenfassung_PISA2006.pdf (26.06.2010)

„Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in NRW 2004 bis 2007 : vorläufige Ergebnisse“

http://www.it.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2009/pdf/96_09.pdf (13.07.2010)

Rasche, Monika: Preise, Gebühren, Mitteleinwerbung. In: Bibliotheksdienst 30 (1996)10, S. 1762

Rechtsvorschriften für die Bibliotheksarbeit [erarb. von einer Arbeitsgruppe der Rechtskommission des Deutschen Bibliotheksverbandes e.V. (dbv)] 2009
<http://www.bibliotheksportal.de/fileadmin/0themen/Recht/dokumente/benutzung.pdf>
(20.06.2010)

Rossoll, Erika: Ergebnisse einer DBI-Untersuchung zur Frage der Benutzungsgebühren in Öffentlichen Bibliotheken. In: Bibliotheksdienst 28(1994) 9, S. 1393-1401

„Ruhr-Nachrichten.de“
<http://www.ruhrnachrichten.de/lokales/witten/Weniger-Arbeitslose-im-Juni;art939,953365> (13.07.2010)

sachsen.de : kommunal21 – Landesdirektion Dresden (LDD)
http://www.rp-dresden.de/kommunal21/index.asp?ID=404&art_param=19 (01.07.2010)

Satzung der Stadtbibliothek Bonn (Stand: 01.01.2003)

Schlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, Drucksache 16/7000 des Dt. Bundestages, 2007

Schölzig, Krista: Öffentliche Kulturförderung in Deutschland und den USA: Ein Vergleich vor dem Hintergrund leistungsstaatlicher und gewährleistungsstaatlicher Modelle. Frankfurt am Main [u.a.] : Lang, 2007

Schopenhauer, Arthur: Parerga und Paralipomena: kleine philosophische Schriften, 2. Band. Berlin : Hahn, 1862

Stadt Hürth: Pass für Geringverdiener
<http://www.huerth.de/vv/produkte/rathaus/huerth-pass.php> (18.07.2010)

Stang, Richard: Bibliotheken und Lebenslanges Lernen: Kooperationen, Netzwerke und neue Institutionenformen zur Unterstützung Lebenslangen Lernens : Expertise zum aktuellen Stand, 2005, S. 14-16
<http://www.die-bonn.de/publikationen/online-texte/index.asp> (16.06.2010)

Stocker, Günther: Schrift, Wissen und Gedächtnis : das Motiv der Bibliothek als Spiegel des Medienwandels im 20. Jahrhundert. Würzburg : Königshausen & Neumann, 1997

Thüringer Bibliotheksgesetz (ThürBibG) vom 16. Juli 2008, §3

Vernetzung „Strukturplan Stadtbibliothek“ mit dem schulinternen Deutschcurriculum
<http://www.bibliothek.schulministerium.nrw.de/bibliothekundschule/lokalekooperation/praxisbeispiele/strukturplanstadtbibliothekschulinternesdeutschcurriculum.pdf>(19.06.2010)

Umstätter, Walter: Lehrbuch der Bibliotheksverwaltung. Stuttgart : Hierseemann, 1997

Weitere Quellen:

Interviews mit

Frau Heinze, Leiterin der Stadtbücherei Hürth,

Frau Turnbull, stellvertretende Leiterin der Stadtbücherei Hürth am 30.04.2010;

Herrn Dr. Kamp, Leiter der Stadtbüchereien Düsseldorf am 07.05.2010;

Frau Rasche, Leiterin der Stadtbücherei Münster. 18.05.2010;

Herrn Moeske, Leiter der Stadt- und Landesbibliothek Dortmund,

Frau Grübner, stellvertretende Leiterin der Stadt- und Landesbibliothek Dortmund,

Frau Koopmann, Leiterin der Zentralbibliothek der Stadt- und Landesbibliothek Dortmund am 18.05.2010;

Frau Belloff, Leiterin der Stadtbibliothek Bonn, Herrn Lehmann, Verwaltungsleiter der Stadtbibliothek Bonn am 27.05.2010;

Frau Scheil, Leiterin der Stadtbücherei Witten am 02.06.2010;

Frau Schulze, stellvertretende Leiterin der Stadtbüchereien Hamm am 10.06.2010.

Anhang

Der Begriff des „Lebenslangen Lernens“

Zur Erläuterung des Begriffs des Lebenslangen Lernens folgt die Definition aus dem Strategiekonzept der Bund-Länder-Kommission zum Lebenslangen Lernen:

„Lebenslanges Lernen umfasst alles formale, nicht-formale und informelle Lernen an verschiedenen Lernorten von der frühen Kindheit bis einschließlich der Phase des Ruhestands. Dabei wird "Lernen" verstanden als konstruktives Verarbeiten von Informationen und Erfahrungen zu Kenntnissen, Einsichten und Kompetenzen.“⁹⁴

Diese Definition umfasst das schulische Lernen, geht aber weit darüber hinaus, indem auch das „informelle“ Lernen und das Lernen in jeder Lebensphase mit genannt werden. Es findet keinerlei Abstufung statt, was den verschiedenen Lernarten eine gleichberechtigte Bedeutung verleiht.

Der Begriff der „digitalen Spaltung“

Von „digitaler Spaltung“ oder auch „digitaler Kluft“ wird gesprochen, wenn Teile der Gesellschaft keinen Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien haben. Innerhalb der EU sind die Hauptgründe hierfür

- Armut und soziale Ausgrenzung;
- Bildung und mangelnde EDV-Kenntnisse;
- Eingeschränkter oder kein Zugang zum Internet in abgelegenen Gebieten und Randregionen;
- Persönliche Faktoren wie Alter, Geschlecht oder Behinderung.

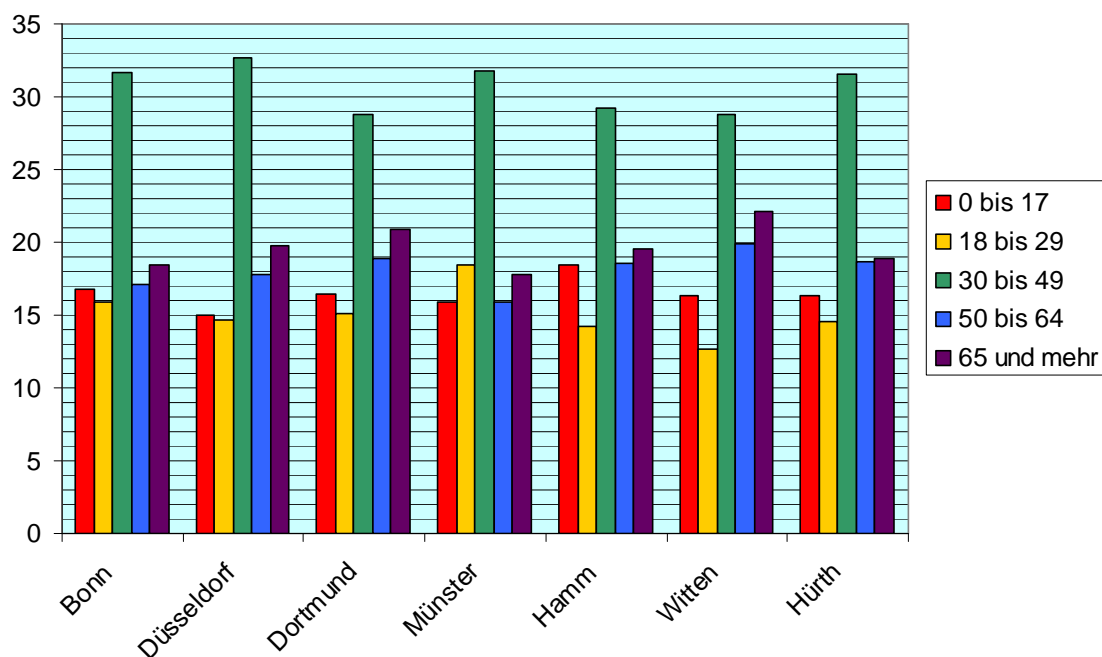
Ein Ziel von EU-Politik ist es, die digitale Spaltung der Gesellschaft zu verhindern, bzw. sie einzudämmen.⁹⁵

⁹⁴ Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung : Strategie für Lebenslanges Lernen in der Bundesrepublik Deutschland, 2004, S. 13

⁹⁵ EU-Politik zur Schließung der 'digitalen Kluft'

<http://www.euractiv.com/de/informationsgesellschaft/eu-politik-schlieung-digitalen-kluft/article-132588>

Altersstruktur der verschiedenen Städte



Anhang-Tab. 1: Übersicht der städtischen Indikatoren

	Ø	Dortmund	Düsseldorf
Einwohner		584.412	584.217
Jahreseinkommen	19.090,00€	16.901,00€	22.055,00€
AL-Quote	10,3%	14,9%	10,6%
Armutsquote	14,7	18%	13,6
Kommunale Verschuldung in Tsd. €	401.506	925 766	136 162
Kommunale Verschuldung pro Kopf	1374	1.584,00€	233,00€

	Ø	Bonn	Münster	Hamm	Witten	Hürth
Einwohner		317.949	273.875	182.459	99.126	56.983
Jahreseinkommen	19.090,00€	19.736,00€	21.165,00€	15.690,00€	19.204,00€	18.882,00€
AL-Quote	10,3%	8%	7%	12,3%	10,1%	9,2%*
Armutsquote	14,7	12,0	11,8	18%*	15,8%*	13,4%*
Kommunale Verschuldung in Tsd. €	401.506	638.430	724 679	245 913	87.405	52 187
Kommunale Verschuldung pro Kopf	1374	2008,00€	2.646,00€	1.348,00€	882,00€	916,00€

Quellen:

„Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Kommunalprofil Dortmund, krfr. Stadt“ (23.04.2010)

<http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/105913.pdf> (23.04.2010)

„Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Kommunalprofil Düsseldorf, krfr. Stadt“ 30.04.2010

<http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/105111.pdf> (30.04.2010)

„Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Kommunalprofil Bonn, krfr. Stadt“

<http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/105314.pdf> (13.07.2010)

„Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Kommunalprofil Münster, krfr. Stadt“ (05.05.2010)

<http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/105515.pdf>

Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Kommunalprofil Hamm, krfr. Stadt

<http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/105915.pdf> (05.05.2010)

„Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Kommunalprofil Witten, Stadt“

<http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/105954036.pdf> (13.07.2010)

„Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Kommunalprofil Hürth, Stadt“

<http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/105362028.pdf>

„Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in NRW 2004 bis 2007 : vorläufige Ergebnisse“

http://www.it.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2009/pdf/96_09.pdf (05.05.2010)

„Internetauftritt des Paritätischen Gesamtverbandes : Forschungsstelle“

<http://www.forschung.paritaet.org/index.php?id=1444> (05.05.2010)

„Information und Technik Nordrhein-Westfalen : Landesdatenbank NRW“

<http://www.it.nrw.de/statistik/b/index.html> (05.05.2010)

*Daten aus der Region bzw. dem Kreis

Die städtischen Ausweise für sozial schlechter gestellte Bürger

Dortmund-Pass⁹⁶

Den Dortmund-Pass kann beantragen, wer

- Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld)
- Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII (Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter voller Erwerbsminderung)
- Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundesversorgungsgesetz
- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhält.

Düssel-Pass⁹⁷

Berechtigt sind Bürger die Sozialhilfeberechtigt sind, oder ein vergleichbar geringes Einkommen haben. Außerdem Bezieher von Arbeitslosengeld II

Hürth-Pass⁹⁸

Folgende Personen sind berechtigt, den Hürth-Pass zu beantragen:

- Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt
- Empfänger von Leistungen nach SGB II
- Empfänger von laufender Grundsicherung nach SGB XII

Familien mit drei Kindern (soweit deren Familiennettoeinkommen 2.046 € im Monat nicht übersteigt. Die Einkommensgrenze erhöht sich für jedes weitere Kind um 256 € im Monat)

⁹⁶ „Stadt Dortmund: Virtuelles Rathaus“

https://www2.domap.de/web/guest/user/products?iframe_File=product_dortmundpass0.html (05.08.2010)

⁹⁷ „Landeshauptstadt Düsseldorf: Düssel-Pass in neuem Gewand“

<http://www.duesseldorf.de/duesselpass/index.shtml> (05.08.2010)

⁹⁸ „Stadt Hürth: Pass für Geringverdiener“

<http://www.huerth.de/vv/produkte/rathaus/dezernat3/sozialamt/huerth-pass.php>

Bonn- Ausweis⁹⁹

Anspruchsberechtigt sind:

Personen, die in Bonn ihren Hauptwohnsitz haben

und die eine der nachstehenden Voraussetzungen erfüllen:

- Bezieher/-innen von Grundsicherung für erwerbsfähige Hilfebedürftige nach den Bestimmungen des Sozialgesetzbuches II (SGB II);
- Bezieher/-innen von Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt für nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige nach den Bestimmungen des Sozialgesetzbuches XII (SGB XII), Kapitel 3 + 4 oder entsprechender Hilfen nach § 27 a Bundesversorgungsgesetz (BVG);
- Heimbewohner/-innen, die die laufende Hilfe nach den Bestimmungen des SGB XII oder nach § 27 a des BVG erhalten oder für die Pflegegeld für die dauernde vollstationäre Unterbringung gezahlt wird;
- Heimbewohner/-innen, die als Selbstzahler/-innen in Bonner Heimen leben, haben Anspruch auf einen Bonn-Ausweis, wenn das nach Abzug der Heimkosten verbleibende Einkommen den zweifachen Satz des Barbetrages gemäß § 35 Abs. 2 SGB XII nicht übersteigt.
- Empfänger/-innen wirtschaftlicher Jugendhilfe nach SGB VIII;
- Studenten/-innen, Schüler/-innen und Auszubildende nur wenn sie Empfänger/-innen von Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) oder nach § 59 ff SGB III (Berufsausbildungsbeihilfe) sind;
- Empfänger/-innen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz AsylbLG).
- Personen, deren monatliches Einkommen die Einkommensgrenze nicht übersteigt. Einkommen ist das Einkommen im Sinne der §§ 11 Abs. 1 SGB II/82 Abs. 1 SGB XII. Das Bruttoeinkommen ist um die Pauschalen nach den §§ 10 und 12 Abs. 1 Wohngeldgesetz zu mindern. Die Einkommensgrenze errechnet sich aus dem 1,72 fachen des Eckregelsatzes zuzüglich der maßgeblichen Regelsätze der Angehörigen der Bedarfsgemeinschaft zuzüglich angemessener Kosten der Unterkunft im Sinne des SGB II/ SGB XII.
- In Härtefällen wird die Verwaltung ermächtigt, abweichend von den Richtlinien zu entscheiden, um den Verhältnissen des Einzelfalles gerecht zu werden.

⁹⁹ Richtlinien für die Ausstellung des Bonn-Ausweises (Beschluss des Rates der Bundesstadt Bonn vom 17. März 2005) zuletzt geändert durch Beschluss des Rates der Bundesstadt Bonn vom 29. April 2010
http://www.bonn.de/rat_verwaltung_buergerdienste/buergerdienste_online/buergerservice_a_z/00462/index.html?lang=de&download=M3wBUQCu%2F8ulmKDu36WenojQ1NTTjaXZnqWfVpzLhmfnapmmc7Zi6rZnqCkklN0qnh8bKbXrZ2lhtN34al3p6YrY7P1oah162apo3X1cjYh2%2BhoJRn6w%3D%3D (05.08.2010)

Hiermit versichere ich, die Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet zu haben.

Werne, den

Christian Hüttemann